



PENSIONSVERSICHERUNG  
FÜR DAS STAATSPERSONAL  
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

STIFTUNG DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

# Jahresrechnung und Jahresbericht 2011



# Inhalt

2	<b>Bericht des Stiftungsrates</b>	<b>4</b>
	<b>Bericht der Geschäftsleitung</b>	<b>6</b>
	<b>Wichtiges in Kürze</b>	<b>8</b>
	<b>Bericht der Revisionsstelle</b>	<b>12</b>
	<b>Bilanz</b>	<b>13</b>
	<b>Betriebsrechnung</b>	<b>14</b>
	<b>Anhang</b>	<b>16</b>
<b>1</b>	<b>Grundlagen und Organisation</b>	<b>16</b>
1.1	Rechtsform und Zweck	16
1.2	Registrierung und Sicherheitsfonds	16
1.3	Rechtsgrundlagen	16
1.4	Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung	17
1.5	Aufsichtsbehörde, Experten, Revisionsstelle, Kommissionen, Geschäftsleitung und Berater	17
1.6	Angeschlossene Arbeitgeber	18
<b>2</b>	<b>Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger</b>	<b>19</b>
2.1	Aktiv-Versicherte	19
2.2	Mitglieder Magistratenfonds	19
2.3	Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten	19
2.4	Pensionsbezüger	19
<b>3</b>	<b>Art der Umsetzung des Zwecks</b>	<b>20</b>
3.1	Erläuterung des Vorsorgeplans (Leistungsprimat und Beitragsprimat)	20
3.2	Finanzierung / Finanzierungsmethode	22
3.3	Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit	22
<b>4</b>	<b>Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit</b>	<b>23</b>
4.1	Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26	23
4.2	Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze	23
4.3	Änderung von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung	23

<b>5</b>	<b>Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad</b>	<b>24</b>
5.1	Art der Risikodeckung, Rückversicherungen	24
5.2	Entwicklung des Vorsorgekapitals für Aktiv-Versicherte	24
5.3	Entwicklung des Magistratenfonds	24
5.4	Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten	25
5.5	Entwicklung des Vorsorgekapitals für Pensionsbezüger	25
5.6	Zusammensetzung der technischen Rückstellungen und des Teuerungsfonds	26
5.7	Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens	27
5.8	Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen	30
5.9	Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen	30
5.10	Deckungsgrad	32
<b>6</b>	<b>Erläuterung der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage</b>	<b>33</b>
6.1	Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement	33
6.2	Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve	34
6.3	Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien	34
6.4	Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente	37
6.5	Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter Securities Lending	37
6.6	Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlagen	38
6.7	Erläuterung der Anlagen beim Dienstgeber	41
<b>7</b>	<b>Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung</b>	<b>42</b>
7.1	Erläuterungen zur Bilanz	42
7.2	Erläuterungen zur Betriebsrechnung	46
<b>8</b>	<b>Auflagen der Aufsichtsbehörde</b>	<b>51</b>
<b>9</b>	<b>Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage</b>	<b>51</b>
9.1	Nachschusspflichten (Commitment)	51
9.2	Sicherung der Loyalität und Vermeidung von Interessenkonflikten	51
<b>10</b>	<b>Ereignisse nach dem Bilanzstichtag</b>	<b>51</b>
	<b>Angaben zum versicherungstechnischen Teil</b>	<b>52</b>

# Bericht des Stiftungsrates

4 |

## **Sehr geehrte Versicherte sehr geehrte Pensionistinnen und Pensionisten**

Der vorliegende Bericht gibt umfassend Einblick in die Tätigkeit des Geschäftsjahres 2011 der Pensionsversicherung und wird erstmals in dieser ausführlichen Form allen Versicherten, Dienstgebern und zuständigen Stellen direkt zugeschickt. Damit ermöglichen wir allen Beteiligten, speziell den Versicherten, einen vertieften Einblick in das von starken Bewegungen betroffene Geschäftsjahr 2011. Der bisherige Kurzbericht entfällt.

Die Hauptaufgaben des Stiftungsrates unter Mitwirkung der Geschäftsleitung und der Mitarbeiterinnen sowie der Mitarbeiterin in der auf 1.7.2011 neu geschaffenen Teilzeitstelle «Recht und Präsidium» lagen bei der Umsetzung der am 23.9.2010 verabschiedeten Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (MEV) und dem damit einzuleitenden Prozess für eine umfassende Teilrevision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVG). Schwerpunkte sind der Umbau auf eine Sammelstiftung, die Einführung eines Gewährleistungs-Interventionsmodells sowie eine Reihe von Anpassungen im Organisations- und Leistungsbereich. Grundsatzberatungen zur notwendigen Anpassung der versicherungstechnischen Grundlagen, die Überprüfung der Wirksamkeit der MEV-Massnahmen aufgrund der nachstehend beschriebenen neuen Voraussetzungen für die Pensionskassen, die Beratung und Entscheidung zur Anlagestrategie 2012 und der personelle Wechsel in der Geschäftsleitung inkl. deren Neuausrichtung bestimmten die Agenden des Stiftungsrates in der zweiten Jahreshälfte 2011.

Im Stiftungsrat kam es infolge des Austritts von Armin Braun-Kalberer zur Nachwahl von Doris Krummenacher in den Stiftungsrat. Bedauerlicherweise musste sie aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt kurz danach niederlegen. Bereits im Februar 2011 wurde Peter Mella als Mitglied und vor allem als langjähriger Präsident verabschiedet. Die Regierung bestellte Horst Schädler zu seinem Nachfolger. Der Stiftungsrat dankt dem scheidenden Geschäftsleiter Ralph Büchel und den scheidenden Stiftungsräten für ihr wertvolles Engagement.

Für die Anlage des Vermögens von CHF 600 Mio. wurde eine strategische Asset-Allocation verfolgt, die mit -2.47% unterdurchschnittlich abschloss. Das Anlagejahr war wie schon im Vorjahr von starken Marktbewegungen geprägt, speziell als ab Juni 2011 die Euro-Krise die Währungs- und Aktienkurse stark in Mitleidenschaft zog und eine Erholung sich gegen Jahresende nur zögerlich abzeichnete. Die Vermögensanlagekommission tagte während 11 Sitzungen. Durch den Vermögensverlust von CHF 15.51 Mio. konnte die für eine Stabilisierung der Unterdeckung notwendige Sollrendite von 5.2% nicht erreicht werden.

Der versicherungstechnische Verlauf war wiederum zufriedenstellend, vor allem im Risikobereich. Dazu haben die ersten MEV-Massnahmen gegriffen, nämlich die retrospektive Bilanzierung zum Barwert der erworbenen Leistungen ohne temporäre Risikoleistungen und die erste Erhöhung der Beiträge von 1.1%. Die strukturelle Risikofähigkeit wird im Verlaufe der kommenden Sanierungspläne näher untersucht.

Auch in Liechtenstein sind die Sozialversicherungen mit einem veränderten Umfeld konfrontiert. Der Megatrend der alternden Bevölkerung stellt die Altersvorsorge wie auch das Gesundheitswesen vor enorme Herausforderungen. Die aktuellen Rahmenbedingungen an den Anlagemärkten drängen die Pensionsversicherungen zudem in eine schwierige Lage. Die im langjährigen Vergleich rückläufigen Renditen aus dem Vorsorgevermögen bleiben infolge historisch tiefem Zinsniveau und volatilen Marktverhältnissen ihren Beitrag, der zumindest die technische Verzinsung beisteuern sollte, weiterhin schuldig.

Bei einer Pensionsversicherung in Unterdeckung wirkt sich diese Perspektive besonders ungünstig aus, da die notwendige Sollrendite sich nur mit einem erheblichen Anlagerisiko erreichen liesse. Entscheidend ist, dass auch unter den aktuellen und zu erwartenden Rahmenbedingungen das finanzielle Gleichgewicht wieder hergestellt werden kann. Strukturelle Schwachstellen im Finanzierungs- und Leistungsbereich sind zu korrigieren. Die finanzielle Risikofähigkeit unserer Pensionsversicherung mit einem Deckungsgrad von 75.5% verlangt ein gutes Risikomanagement mit den entsprechenden Einschränkungen in der Anlagestrategie. Die Anlagestrategie der Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist für das Jahr 2012 praktisch unverändert auf eine Strategierendite von 3.1% bei einer Volatilität von 7.72% ausgerichtet.

Die technischen Grundlagen der Pensionsversicherung basieren immer noch auf dem Erhebungsjahr 1998. Der Stiftungsrat hat bereits im Juli 2010 die Anpassung an neue versicherungstechnische Grundlagen beschlossen, da die gestiegene und noch weiter steigende Lebenserwartung der versicherten Personen und die damit einhergehende längere Dauer für die Pensionsleistungen dringend zu berücksichtigen sind. Angesichts der nachhaltigen Erhöhung der Lebenserwartung wird der Ruf nach einer längeren Lebensarbeitszeit immer lauter. 16 EU-Länder haben in den letzten Monaten das Rentenalter erhöht oder eine Erhöhung an die Lebenserwartung geknüpft.

Die neuen technischen Grundlagen nach BVG 2010 oder VZ 2010 wurden zusammen mit verschiedenen PV-Experten eingehend geprüft, wonach ein Wechsel auf BVG 2010 per 1.1.2012 vollzogen wurde. Diese Anpassung wird eine verhältnismässig hohe Anpassung der Deckungskapitalien, aber auch eine Verteuerung der Finanzierung der künftigen Leistungen mit sich bringen. Die dafür in den letzten 10 Jahren gebildeten Rückstellungen decken diesen Aufwand nicht ab. Der Stiftungsrat hat auch entschieden, die nächste Anpassung infolge fortschreitender Erhöhung der Lebenserwartung bereits nach 5 Jahren vorzunehmen und die dafür nötigen Rückstellungen bereits ab dem Erhebungszeitpunkt 1. Juli 2007 zu bilden. Alle diese Massnahmen, die das Ergebnis belasten, verdeutlichen die neue vorsichtige Bilanzierungs- und Rückstellungspraxis und dienen der langfristigen Verstärkung der Deckungskapitalien zugunsten der Versicherten.

Der Stiftungsrat hat demzufolge auch die Wirkungen der im Jahre 2011 angelaufenen Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung von 100% bis Ende 2020, kurz MEV, durch unabhängige PV-Experten überprüfen lassen. An der Sitzung vom 16.12.2011 hat der Stiftungsrat gemäss dem Bericht unseres PV-Experten zur Kenntnis genommen, dass der mit der MEV beschriebene und teilweise bereits umgesetzte Sanierungspfad einschliesslich Terminplan nicht mehr eingehalten werden kann und somit die Einleitung einer umfassenden Revision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVG) um mindestens ein halbes Jahr aufzuschieben ist. Der Stiftungsrat hat gleichzeitig beschlossen, neue und weitergehende Massnahmen unter Beizug eines weiteren Expertenbüros zu erarbeiten, um eine langfristige Sanierung und Sicherung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zu erreichen. Dabei sollen weitere Aspekte wie der derzeit hohe technische Zinssatz, Fragen zum Primat und der Rechtsform wie auch zur Wiedereinführung einer beschränkten Finanzierungsgarantie der Dienstgeber geprüft werden. Die Aufsichtsbehörde und die Regierung wurden entsprechend informiert.

Der Stiftungsrat war sich der grossen Herausforderung, die mit dem breit abgestützten MEV-Massnahmenpaket verbunden war, bewusst. Die Welt der Pensionskassen traf aber auf neue Realitäten. Diese neuen Voraussetzungen schaffen eine veränderte Ausgangslage. Die Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung müssen daher durch Massnahmen zur Sicherung der zukünftigen Finanzierung erweitert werden, damit sich die Versicherten auf eine solide Pensionsversicherung verlassen können.

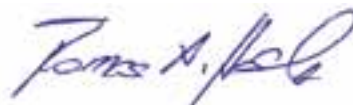
In diesem Sinne danken wir den Versicherten, den Dienstgebern, der Aufsichtsbehörde, der Regierung, dem Gesetzgeber und allen Organen, die an der weiteren Entwicklung der Pensionsversicherung beteiligt sind, für ihr stetes Vertrauen und ihre Unterstützung auf dem neu einzuschlagenden Weg zur Sanierung und Sicherung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal.

Vaduz, 10. Mai 2012



**Präsidentin des Stiftungsrates**

Ingrid Hassler-Gerner



**Mitglied des Stiftungsrates**

Thomas Hasler

# Bericht der Geschäftsleitung

6 |

## **Geschätzte Versicherte**

### **Pensionistinnen und Pensionisten**

Gemäss Art. 14a Abs. 1 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] hat die Pensionsversicherung die Mitglieder jährlich über die Tätigkeit im vergangenen Jahr, über die Jahresrechnung und die Vermögensanlage zu informieren. Mit dem vorliegenden Jahresbericht kommt die Geschäftsleitung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal diesem Auftrag nach.

### **Rechnungsergebnis/Deckungsgrad**

Die Jahresrechnung 2011 schliesst mit Zuflüssen aus Beiträgen und Eintrittsleistungen in Höhe von CHF 68'675'008.51 und Abflüssen für Leistungen und Vorbezüge in Höhe von CHF -33'856'889.14 sowie Auflösung/Bildung der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen sowie Versicherungsaufwand von CHF -46'539'381.40 mit einem Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil von CHF -11'721'262.03 ab. Das Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen von CHF -15'514'224.58 hat der Pensionsversicherung jedoch nicht die erwartete Anlagerendite gebracht, welche zur Finanzierung der Kassa notwendig gewesen wäre. Es resultiert somit ein Aufwandsüberschuss von CHF -28'955'643.69. Die Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen erhöhen sich auf CHF 839'696'166.28. Das Minus beim Stiftungskapital erhöht sich auf CHF -205'731'994.01 (Vorjahr CHF -176'776'350.32). Die Bilanz weist per 31. Dezember 2011 einen Deckungsgrad von 75.5 % (Vorjahr 77.7 %) aus. Weitere Ausführungen sind im Kapitel «Wichtiges in Kürze» sowie im Anhang zur Jahresrechnung erläutert.

Für die Beurteilung der versicherungstechnischen Lage (Risikofähigkeit) im Berichtsjahr sind folgende Hinweise wichtig:

Die Pensionsversicherung befindet sich aufgrund des Deckungsgrades von 75.5% in einer erheblichen Unterdeckung. Der Deckungsgrad ist jedoch nicht das allein entscheidende Kriterium, um beurteilen zu können wie gut die Aussichten sind, die Unterdeckung aus eigener Kraft und innert einer vorgegebenen Frist beheben zu können. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang diverse Kennzahlen aus der Bilanz und Betriebsrechnung sowie der Bestandesstatistik, welche die Risikofähigkeit und damit auch das «Selbstheilungspotential» der Pensionsversicherung wesentlich mitbestimmen. Besonders hervorzuheben sind zugunsten der Pensionsversicherung folgende Kennziffern und Fakten:

- Nach wie vor gutes Verhältnis zwischen Pensionisten und aktiven Versicherten nach Anzahl und Vorsorgevermögen (allerdings stagnierte das Wachstum der aktiven Versicherten, während der Pensionistenbestand um 9,6 % anstieg)
- gute Bestandesgrösse der Pensionsversicherung;
- Leistungsbezug fast ausschliesslich in Pensionsform;
- Unverändert günstige Netto-Cash-Flow-Aussichten.

Die strukturelle Risikofähigkeit der Pensionsversicherung ist darum als deutlich besser einzustufen als mit Blick auf den Deckungsgrad von 75.5 % allein.

Insgesamt haben sich jedoch die strukturelle und die finanzielle Risikofähigkeit der Pensionsversicherung in den letzten beiden Jahren verschlechtert.

### **Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100 %)**

Die Geschäftsleitung hat sich vor allem mit der Leistungsoptimierung befasst um strukturelle Finanzierungsdefizite im Leistungsbereich zu ermitteln. Daraus folgend wurden verschiedene Vorschläge zur Anpassung des PVG ausgearbeitet und dem Stiftungsrat vorgeschlagen. Verschiedene Arbeitsgruppen arbeiteten parallel an Vorschlägen zur Anpassung des PVG, bei welchen die Geschäftsleitung ebenfalls aktiv mitwirkte.

## Software

Im Berichtsjahr wurde das Projekt Visual-PK-Software mit der Firma BERAG, Basel, abgeschlossen.

## Überarbeitung verschiedener Reglemente, Vorsorgeplan und Anschlussvereinbarung

Wie aus dem Vorjahresbericht zu entnehmen ist, wurden das Vorsorgereglement und der Vorsorgeplan 1 erneuert und strukturell überarbeitet, welche per 1. Juli 2011 in Kraft getreten sind. Aufgrund der Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100%) sowie der Tarifänderung per 2012 wurden das Teilliquidationsreglement, das Rückstellungsreglement und der Vorsorgeplan 1 angepasst und per 2012 in Kraft gesetzt. Weiters wurde die Anschlussvereinbarung angepasst, welche als Nachtrag zur bestehenden Anschlussvereinbarung den Institutionen im 2012 zugestellt worden ist.

## Mutationsstatistik

Im Jahre 2011 wurden bei 3'383 Aktiv-Versicherten 6'579 Mutationen durchgeführt. Diese Mutationen beinhalten 480 Neuaufnahmen, 457 Austritte, 4'803 Lohnmutationen und 839 Pensumsmutationen. Nicht enthalten in der Mutationsstatistik sind die Mutationen der Pensionsbezüger, bei den Freizügigkeitssperrenkonten sowie des Magistratenfonds. Ausser bei den Pensumsmutationen, welche etwas tiefer sind, ist die Anzahl der verschiedenen Mutationen sehr stark gestiegen.

## Austritt des Geschäftsleiters Ralph Büchel

Ralph Büchel ist auf eigenen Wunsch als Geschäftsleiter aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal per 31. Dezember 2011 ausgetreten, um sich beruflich neu auszurichten und eine selbständige unternehmerische Tätigkeit aufzunehmen. Für seine geleistete Arbeit danken wir ihm und wünschen ihm auf seinem beruflichen sowie persönlichen Lebensweg viel Erfolg.

## Neuer Geschäftsleiter

Am 1. Januar 2012 hat der neue Geschäftsleiter, Alois Moser, die Arbeit mit viel Elan aufgenommen. Ralph Büchel stand ihm bis Ende März 2012 für Einarbeitungsaufgaben mit einem Teilzeitpensum zur Verfügung.

## Herzlichen Dank

Wir möchten an dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle für das in uns gesetzte Vertrauen aussprechen. Ein Dank gilt auch an alle angeschlossenen Betriebe für die allzeit angenehme Zusammenarbeit.

Vaduz, 10. Mai 2012

**Geschäftsleiter**  
Alois Moser

**Stv. Geschäftsleiterin**  
Jeanine Parata

# Wichtiges in Kürze

8 | In diesem Kapitel sind die wichtigsten Entwicklungen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zusammengefasst. Die Detailinformationen sind im Anhang der Jahresrechnung aufgeführt.

Die Entwicklung der versicherungstechnischen Lage der Pensionsversicherung ist im Berichtsjahr hauptsächlich auf die marktbedingte unerfreuliche Entwicklung der Vermögensanlagen (durchschnittliche Rendite auf dem Vermögen von -2.47 %) zurückzuführen, denn der Verlauf der versicherungstechnischen Risiken im Bestand der Aktiv-Versicherten ist erneut besser, als aufgrund der versicherungstechnischen Grundlagen zu erwarten war, ausgefallen. Der Verlauf der versicherungstechnischen Risiken im Bestand der Pensionsbezüger entspricht insgesamt den Erwartungen. In der vorliegenden Bilanz ist eine Änderung der Bilanzierungsmethode (alt: Deckungsgrad 1, neu: Deckungsgrad 3) sowie ein modifizierter Tarif EVK 2000, 4%, brutto, ohne temporäre Risikoleistungen dargestellt. Dieser Methodenwechsel und modifizierter Tarif hat dazu geführt, dass das bilanzierte Vorsorgekapital der aktiven Versicherten im Berichtsjahr weniger stark zugenommen hat als gemäss der alten Bilanzierungsmethode. Dies hat auch dazu geführt, dass der Deckungsgrad weniger stark abgenommen bzw. die Unterdeckung weniger stark zugenommen hat als aufgrund des tatsächlichen Verlaufs der anlage- und versicherungstechnischen Risiken zu erwarten war. Der Deckungsgrad hat im Berichtsjahr von 77.7 % (DG1 alt 2010) auf 75.5 % (DG 3 neu 2011) abgenommen. Ohne Änderung der Bilanzierungsmethode und der Bewertungsgrundlagen hätte per 31. Dezember 2011 ein Deckungsgrad von 74.1 % resultiert.

## Bestand und Veränderung Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger

### Aktiv-Versicherte

	2011		2010	
Männer	1'745	+ 0.3 %	1'740	- 0.6 %
Frauen	1'638	+ 1.2 %	1'618	+ 1.9 %
<b>Total</b>	<b>3'383</b>	<b>+ 0.7 %</b>	<b>3'358</b>	<b>+ 0.6 %</b>

Der Bestand hat um 25 Versicherte bzw. um 0.7% zugenommen. Der Anteil der Frauen hat im Berichtsjahr wie in den Vorjahren wieder stärker zugenommen.

### Pensionsbezüger

Pensionsart	2011		2010	
Alterspension	603	+ 11.3 %	542	+ 9.3 %
Hinterlassenenpension	154	+ 5.5 %	146	+ 8.1 %
Invalidenpension	110	+ 6.8 %	103	+ 7.3 %
<b>Total</b>	<b>867</b>	<b>+ 9.6 %</b>	<b>791</b>	<b>+ 8.8 %</b>

Tabelle inkl. Kinderpensionen

Der Bestand der Pensionsbezüger hat im Berichtsjahr netto um 76 Pensionisten oder um 9.6% und somit stärker als im Vorjahr zugenommen. Diese Nettozunahme ergibt sich aus 103 Zugängen und 27 Abgängen.



Im Teilbestand der Alterspensionisten ergab sich analog den Vorjahren anzahlmässig die grösste Bestandeszunahme. Obwohl der Pensionistenbestand anzahlmässig gewachsen ist und die Gesamtpensionssumme zugenommen hat, ist die durchschnittliche Pension nur leicht gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Risikoverlauf kann insgesamt unverändert als gut bezeichnet werden und liegt nach wie vor deutlich unter den statistischen/technischen Erwartungen.

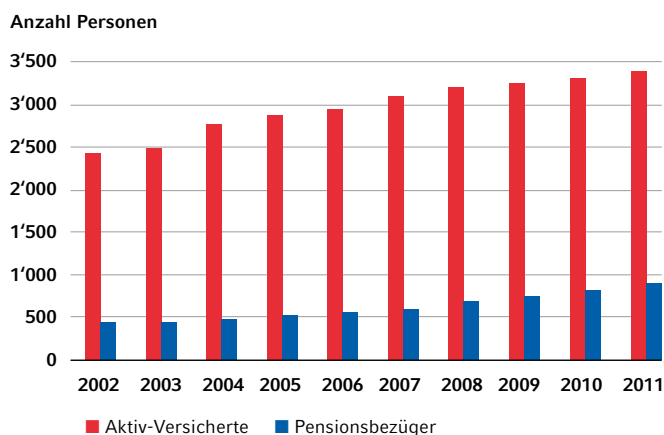
### Verhältnis Anzahl Aktiv-Versicherte zu Pensionsbezüger

	2011	2010
Aktiv-Versicherte	3'383	3'358
Pensionsbezüger (inklusive Waisen / Kinder)	867	791
Verhältnis	3.90	4.25

Verhältnis ohne Waisen / Kinder: 4.2

Die demografische Struktur der Pensionsversicherung wird bestimmt durch das Verhältnis der Aktiv-Versicherten zu den Pensionsbezügern. Im Berichtsjahr entfielen auf 3'383 Aktiv-Versicherte 867 Pensionsbezüger. Dies ergibt ein Verhältnis von 3.90 Aktiv-Versicherten auf einen Pensionsbezüger. Das Verhältnis hat sich somit weiter zurückgebildet und ist vor allem auf die geringe Zunahme des Aktiv-Versichertenbestandes und der starken Zunahme des Pensionsbezügerbestandes zurückzuführen.

### Entwicklung Anzahl Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger



# Wichtiges in Kürze

10 |

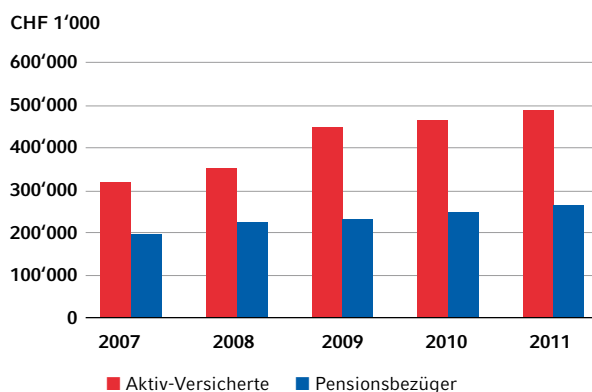
## Verhältnis der Vorsorgekapitalien Aktiv-Versicherte zu Pensionsbezüger

(in CHF)	2011	2010
Aktiv-Versicherte	490'585'000	480'268'000
Pensionsbezüger (inklusive Waisen / Kinder)	266'991'000	242'866'000
Verhältnis	1.84	1.98

Neben der Anzahl Personen ist aber auch das Verhältnis der Vorsorgekapitalien der Aktiv-Versicherten zu jenem der Pensionsbezüger von Bedeutung. Im Berichtsjahr belaufen sich die Vorsorgekapitalien der Aktiv-Versicherten auf CHF 490'585'000, jene der Pensionsbezüger auf CHF 266'991'000. Das Verhältnis beträgt 1.84 und dies bei einer niedrigen durchschnittlichen Versicherungsdauer von nur 13.7 Jahren bei den Aktiv-Versicherten.

Aufgrund der Bilanzierungsumstellung Vorsorgekapital Aktiv-Versicherte auf den Barwert der erworbenen Leistung ist ein direkter Vergleich zwischen den dargestellten Zahlen nicht möglich. Ohne Bilanzierungsumstellung würde das Verhältnis 1.89 betragen.

## Entwicklung Vorsorgekapital Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger



## Deckungsgrad Entwicklung

	2011	2010
	75.5 %*	77.7 %

\* Bilanzierung des Deckungskapitals nach Deckungsgrad 3 und der Risikoleistungen für neue Rentenfälle mittels Rentenwertumlageverfahren und für die aktiven Versicherten mittels einer verstärkten Risikoschwankungsreserve.

Die Berechnung des Deckungsgrades erfolgt nach Art. 22 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] neu (nach der Ordnungsänderung vom 29. November 2011) nach dem Deckungsgrad 3, retrospektiv, in geschlossener Kasse (Vorjahr Deckungsgrad 1, prospektiv, in geschlossener Kasse). Der Stiftungsrat hat im Rahmen der Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100 %) beschlossen, die Bilanzierung der Altersleistungen ab dem Bilanzjahr 2011 mittels Barwert der erworbenen Leistungen, also in retrospektiver Bilanzierung, nach dem Deckungsgrad 3 vorzunehmen. Diese Anpassung ergibt sich aus der strategischen Zielsetzung des Stiftungsrates, die finanzielle Sicherheit der Pensionsversicherung für das Staatspersonal durch eine vorsichtige Bilanzierung langfristig zu verbessern.

Die neue Bilanzierung des Deckungskapitals nach Deckungsgrad 3 per 31. Dezember 2011 erhöht das Deckungskapital, was sich negativ auf den Deckungsgrad der Pensionsversicherung für das Staatspersonal auswirkt. Da aber gleichzeitig die Bilanzierung der Risikoleistungen für neue Rentenfälle mittels Rentenwertumlageverfahren und für die aktiven Versicherten mittels einer verstärkten Risikoschwankungsreserve abgedeckt wird, ergibt sich andererseits ein positiver Beitrag beim Deckungskapital.

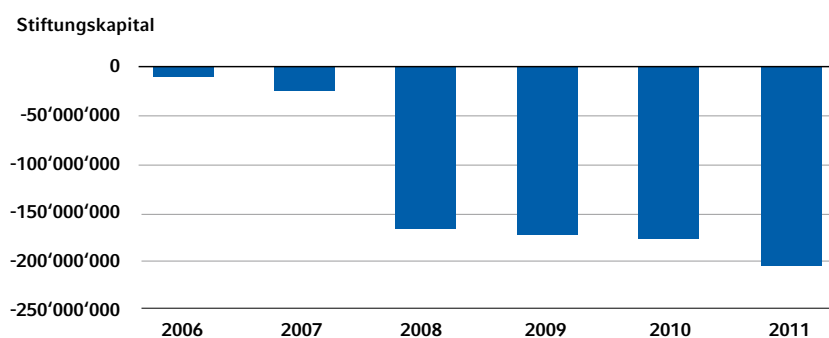
### Entwicklung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal seit 2006 (Swiss GAAP FER 26)

Jahr	Deckungsgrad	Bilanz	
	Prospektive Betrachtung geschlossene Kasse (Swiss GAAP FER 26)	Ertrags-/ Aufwandsüberschuss	Stiftungskapital, Unterdeckung
2006	98.7 %	-2'792'448.61	-11'735'836.57
2007	95.5 %	-18'455'429.70	-25'408'367.92
2008	74.3 %	-138'391'612.31	-163'799'980.23
2009*	76.7 %	-9'823'362.45	-173'623'342.68
2010	77.7 %	-3'153'007.64	-176'776'350.32
2011**	75.5 %	-28'955'643.69	-205'731'994.01

\* Bilanzierungsmethodenwechsel «klassische Finanzierung und Bilanzierung»

\*\* Bilanzierungsmethodenwechsel DG 1 auf DG 3 (retrospektiv)

### Entwicklung «Stiftungskapital, Unterdeckung» 2006 bis 2011 (Swiss GAAP FER 26)



Bericht der Revisionsstelle an den Stiftungsrat der

## **Pensionsversicherung für das Staatspersonal, Vaduz**

---

Als Revisionsstelle gemäss Artikel 14g des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang umfassend Kapitel 1 bis 10), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal für das am 31. Dezember 2011 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Erstellung der Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten ist die Geschäftsleitung verantwortlich, wobei der Stiftungsrat die Jahresrechnung zu genehmigen hat und für die Überwachung verantwortlich ist. Unsere Tätigkeit besteht hingegen darin, die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Unabhängigkeit und Anerkennung erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlansagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung, der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten dem Gesetz, der Verordnung und den Reglementen. Die Jahresrechnung entspricht Swiss GAAP FER 26.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

KPMG (Liechtenstein) AG



Hans Vils  
*Wirtschaftsprüfer*  
*Leitender Revisor*



Dr. Silvan Loser  
*Wirtschaftsprüfer*

Schaan (LI), 10. Mai 2012

# Bilanz

## Aktiven

(in CHF)	Index Anhang	31.12.2011	31.12.2010
<b>Vermögensanlagen</b>	<b>6.3</b>	<b>637'193'028.02</b>	<b>618'287'613.7</b>
Operative Aktiven			
Liquidität, Cash (Flüssige Mittel bei Banken)	7.1.1	9'569'152.42	9'614'526.20
Forderungen	7.1.2	27'685'799.65	16'055'070.41
Anlagen beim Dienstgeber	6.7	4'283'921.96	3'732'435.66
Finanzanlagen			
Liquidität, Cash (Flüssige Mittel und Cash in Wertschriftendepots)		8'268'827.18	37'012'130.95
Obligationen		315'560'271.15	279'127'834.22
Aktien		207'603'635.68	196'738'146.24
Alternative Anlagen		22'961'419.98	34'747'470.02
Immobilien	7.1.3	41'260'000.00	41'260'000.00
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>7.1.4</b>	<b>77'733.02</b>	<b>230'280.05</b>
<b>Total Aktiven</b>		<b>637'270'761.04</b>	<b>618'517'893.75</b>
<b>Passiven</b>			
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>7.1.5</b>	<b>2'911'344.54</b>	<b>1'544'094.69</b>
Freizügigkeitsleistungen und Pensionen		2'267'048.44	960'467.92
Andere Verbindlichkeiten		644'296.10	583'626.77
<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>7.1.6</b>	<b>395'244.23</b>	<b>435'996.50</b>
<b>Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen</b>		<b>839'696'166.28</b>	<b>793'314'152.88</b>
Vorsorgekapital Aktiv-Versicherte	5.2	490'585'000.00	480'268'000.00
Magistratenfonds	5.3	674'517.29	535'529.04
Freizügigkeitssperrkonten	5.4	31'960'331.09	27'331'116.24
Vorsorgekapital Pensionsbezüger	5.5	266'991'000.00	242'866'000.00
Technische Rückstellungen und Teuerungsfonds	5.6	49'485'317.90	42'313'507.60
<b>Wertschwankungsreserve</b>	<b>6.2</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>
<b>Stiftungskapital, Unterdeckung</b>		<b>-205'731'994.01</b>	<b>176'776'350.32</b>
Stand zu Beginn der Periode		-176'776'350.32	-173'623'342.68
Ertrags- / Aufwandsüberschuss		-28'955'643.69	-3'153'007.64
<b>Total Passiven</b>		<b>637'270'761.04</b>	<b>618'517'893.75</b>

# Betriebsrechnung

14 |

(in CHF)	Index Anhang	2011	2010
<b>Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen</b>	<b>7.2.1</b>	<b>55'644'425.73</b>	<b>49'653'155.30</b>
Beiträge Dienstnehmer		23'546'936.99	21'634'814.19
Beiträge Dienstgeber		28'700'616.22	26'424'439.25
Einmaleinlagen und Einkaufsummen		3'396'872.52	1'593'901.86
<b>Eintrittsleistungen</b>	<b>7.2.2</b>	<b>13'030'582.78</b>	<b>8'805'793.31</b>
Freizügigkeitseinlagen		12'927'275.78	8'621'860.86
Einzahlung Vorbezug Scheidung		103'307.00	183'932.45
<b>Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen</b>		<b>68'675'008.51</b>	<b>58'458'948.61</b>
<b>Reglementarische Leistungen</b>	<b>7.2.3</b>	<b>-21'444'707.85</b>	<b>-19'942'170.70</b>
Alterspension		-14'842'870.50	-13'566'626.20
Hinterlassenepension		-3'335'558.60	-3'083'734.15
Invalidenpension		-3'220'069.75	-3'117'637.25
Kapitalleistungen bei Pensionierung		-46'209.00	-79'082.10
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität		0.00	-95'091.00
<b>Austrittsleistungen</b>	<b>7.2.4</b>	<b>-12'412'181.29</b>	<b>-9'889'674.31</b>
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt		-11'931'644.64	-8'653'966.93
Vorbezüge Scheidung		-480'536.65	-1'235'707.38
<b>Abfluss für Leistungen und Vorbezüge</b>		<b>-33'856'889.14</b>	<b>-29'831'845.01</b>
<b>Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen</b>		<b>-46'382'013.40</b>	<b>-46'780'614.53</b>
Auflösung/Bildung Vorsorgekapital			
Aktiv-Versicherte	5.2	-10'317'000.00	-22'517'000.00
Auflösung/Bildung Magistratenfonds	5.3	-130'955.30	-129'657.60
Verzinsung Magistratenfonds	5.3	-8'032.95	-5'998.10
Auflösung/Bildung Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-4'211'671.10	-2'699'516.48
Verzinsung der Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-417'543.75	-371'099.75
Auflösung/Bildung Vorsorgekapital Pensionsbezüger	5.5	-24'125'000.00	-14'862'000.00
Auflösung/Bildung technische Rückstellungen und Teuerungsfonds für Pensionsbezüger	5.6	-7'171'810.30	-6'195'342.60
<b>Versicherungsaufwand</b>		<b>-157'368.00</b>	<b>-147'981.00</b>
Beiträge an Sicherheitsfonds		-157'368.00	-147'981.00
<b>Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil</b>		<b>-11'721'262.03</b>	<b>-18'301'491.93</b>

(in CHF)	Index Anhang	2011	2010
<b>Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen</b>	<b>6.6</b>	<b>-15'514'224.58</b>	<b>16'548'927.98</b>
Ergebnis Cash		47'748.39	82'739.86
Zinsaufwand		-9'734.90	-6'100.80
Ergebnis Forderungen		9'730.49	12'217.30
Ergebnis Anlagen beim Dienstgeber		1'899.60	11'377.10
Ergebnis Cash in Wertschriftendepots		126'314.77	-1'070'098.74
Ergebnis Geldmarktanlagen		0.00	12'062'902.98
Ergebnis Obligationen		10'561'039.70	-337'889.60
Ergebnis Wandelanleihen		0.00	292'894.65
Ergebnis Aktien		-24'484'479.44	3'600'479.49
Ergebnis Alternative Anlagen		-1'160'764.93	3'767'418.99
Ergebnis Immobilien	7.2.5	1'620'139.37	21'431.05
Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen		-2'226'117.63	-1'888'444.30
<b>Sonstiger Ertrag</b>	<b>7.2.6</b>	<b>2'230.35</b>	<b>39.59</b>
<b>Sonstiger Aufwand</b>	<b>7.2.7</b>	<b>-322'297.92</b>	<b>-99'267.49</b>
<b>Verwaltungsaufwand</b>	<b>7.2.8</b>	<b>-1'400'089.51</b>	<b>-1'301'215.79</b>
<b><i>Ertrags-/Aufwandsüberschuss vor Bildung WS-Reserve</i></b>		<b><i>-28'955'643.69</i></b>	<b><i>-3'153'007.64</i></b>
<b>Auflösung/Bildung Wertschwankungsreserve</b>	<b>6.2</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>
<b><i>Ertrags-/Aufwandsüberschuss</i></b>		<b><i>-28'955'643.69</i></b>	<b><i>-3'153'007.64</i></b>

# Anhang

## 16 | 1 Grundlagen und Organisation

### 1.1 Rechtsform und Zweck

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Vaduz.

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat den Zweck, die Versicherten gegen die wirtschaftlichen Folgen des Alters, der Invalidität und des Todes zu schützen. Sie erfüllt beim Staatspersonal denselben Zweck wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge bei den übrigen im Fürstentum Liechtenstein beschäftigten Arbeitnehmern. Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal sieht in jedem Leistungsfall mindestens gleich hohe Leistungen vor wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge.

### 1.2 Registrierung und Sicherheitsfonds

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist Trägerin der betrieblichen Vorsorge im Sinne von Art. 13 des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge. Sie ist dem Sicherheitsfonds seit dem 1. Januar 2007 angeschlossen.

### 1.3 Rechtsgrundlagen

Die Organisation und Tätigkeit der Pensionsversicherung für das Staatspersonal basieren auf folgenden Gesetzen, Verordnungen, Reglementen und Richtlinien:

- Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] (LGBl. 1989 Nr. 7) in der aktuellen Fassung
- Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] (LGBl. 2009 Nr. 224) in der aktuellen Fassung
- Vorsorgereglement 1. Januar 2009 mit Nachtrag 25. November 2009 (gültig bis 30. Juni 2011)
- Vorsorgereglement gültig ab 1. Juli 2011
- Vorsorgeplan 1 (Leistungsprimat) 1. Januar 2009 mit Nachtrag 24. September 2009 (gültig bis 30. Juni 2011)
- Vorsorgeplan 1 (Leistungsprimat) gültig ab 1. Juli 2011
- Organisationsreglement gültig ab 24. September 2009
- Wahlreglement gültig ab 24. September 2009
- Anlagereglement für die Vermögensverwaltung 1. Januar 2008 (gültig bis 31. März 2011)
- Anlagereglement für die Vermögensverwaltung gültig ab 1. April 2011
- Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven gültig ab 24. September 2009
- Rückstellungsreglement gültig ab 1. Januar 2012 mit Übergangsbestimmung Art. 16 (gültig für Jahresabschluss per 31. Dezember 2011)
- Teilliquidationsreglement gültig ab 24. September 2009
- Anschlussvereinbarungen



#### 1.4 Paritätisches Führungsorgan/Zeichnungsberechtigung

Der Stiftungsrat besteht aus je vier Vertretern der Dienstgeber und der Dienstnehmer.

Die Amtsdauer beträgt zwischen ein und vier Jahren.

			<b>Vertreter von</b>	<b>Amtsdauer bis</b>
Präsidentin		Ingrid Hassler-Gerner, Eschen	Dienstgeber	31.12.2013
Vizepräsident		Thomas Klaus, Sax	Dienstnehmer	31.12.2014
Mitglieder	ab 1.02.2011	Horst Schädler, Eschen	Dienstgeber	31.12.2014
		Jürg Brechbühl, Bern	Dienstgeber	31.12.2012
	ab 24.11.2011	vakant	Dienstgeber	31.12.2015
		Stefan Schmidle, Balzers	Dienstnehmer	31.12.2013
		Harry Hasler-Maier, Eschen	Dienstnehmer	31.12.2015
		Thomas Hasler, Gamprin-Bendern	Dienstnehmer	31.12.2012

Zeichnungsberechtigung Kollektivunterschrift zu zweien

Horst Schädler wurde als Nachfolger für Peter Mella in den Stiftungsrat von der Regierung per 1. Februar 2011 bestellt. Armin Braun-Kalberer ist per 31. März 2011 zurückgetreten und wurde durch Doris Krummenacher per 30. September 2011 ersetzt, welche aus gesundheitlichen Gründen per 23. November 2011 zurückgetreten ist.

Harry Hasler-Maier wurde um weitere vier Jahre wieder gewählt.

#### 1.5 Aufsichtsbehörde, Experten, Revisionsstelle, Kommissionen, Geschäftsleitung und Berater

Aufsichtsbehörde	Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA)			
PV-Experte	Beratungsgesellschaft für die Zweite Säule AG, Basel dipl. PV-Experte, dipl. math. ETH Ernst Sutter			
Rechtsberatung	Ritter & Ritter Advokatur AG, Vaduz Dr. Michael Ritter			
Investment Controller	Complementa Investment-Controlling AG, St. Gallen und Vaduz Urs Rempfler und Oliver Waldherr			
Investment Advisor	PPCmetrics AG, Zürich Dr. Andreas Reichlin			
			<b>Vertreter von</b>	<b>Amtsdauer bis</b>
Vermögensanlagekommission (VAK)		Ingrid Hassler-Gerner, Vorsitzende	Dienstgeber	31.12.2013
		Thomas Klaus	Dienstnehmer	31.12.2014
	bis 31.03.2011	Armin Braun-Kalberer	Dienstgeber	
	ab 1.04.2011	Heimo Quaderer	Dienstgeber	31.12.2015
		Harry Hasler-Maier	Dienstnehmer	31.12.2015
	Beratend Experten	Ralph Büchel, Geschäftsleiter Dr. Andreas Reichlin und Urs Rempfler		
Kommission für Personalfragen (PER) (ab 1.07.2011)		Ingrid Hassler-Gerner, Vorsitzende	Dienstgeber	31.12.2013
		Thomas Klaus	Dienstnehmer	31.12.2014
		Horst Schädler	Dienstgeber	31.12.2014
		Stefan Schmidle	Dienstnehmer	31.12.2013
Revisionsstelle	KPMG (Liechtenstein) AG, Schaan			
Geschäftsleitung		Geschäftsleiter bis 2011: Ralph Büchel, Ruggell		
		Geschäftsleiter ab 2012: Alois Moser, Mels		
		Stv. Geschäftsleiterin:	Jeanine Parata, Balzers	
Zeichnungsberechtigung	Kollektivunterschrift zu zweien			

## 1.6 Angeschlossene Dienstgeber

Per Ende 2011 bestehen für folgende Betriebe schriftliche Anschlussvereinbarungen:

- Abwasserzweckverband der Gemeinden Liechtensteins
- Agentur für Internat. Bildungsangelegenheiten
- AHV / IV / FAK-Anstalten
- Bewährungshilfe Liechtenstein
- Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention
- Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA)
- Flüchtlingshilfe Liechtenstein
- Fürst von Liechtenstein-Stiftung
- Gemeinde Eschen
- Gemeinde Gamprin
- Gemeinde Mauren
- Gemeinde Planken
- Gemeinde Ruggell
- Gemeinde Schaan
- Gemeinde Schellenberg
- Gemeinde Triesen
- Gemeinde Vaduz
- Historischer Verein
- Ivo Matt AG / Postautodienst
- Kirchliche Stiftung Mater Fortior (Bistum)
- Kulturstiftung Liechtenstein
- Kunstmuseum Liechtenstein
- Liechtenstein Bus Anstalt  
neuer Name:  
Verkehrsbetrieb LIECHTENSTEINmobil
- Liechtensteinische Gasversorgung
- Liechtensteinische Kraftwerke
- Liechtensteinische Landesbibliothek
- Liechtensteinisches LandesMuseum
- Liechtensteinisches Landesspital
- Liechtensteinische Musikschule
- Liechtensteinische Post AG
- Liechtenstein Tourismus  
neuer Name: Liechtenstein Marketing
- Pensionsversicherung für das Staatspersonal
- PostAuto Schweiz Regionalzentrum Liechtenstein  
neuer Name: PostAuto Liechtenstein Anstalt
- Sachwalterverein (neu)
- Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein
- Special Olympics Liechtenstein
- Telecom Liechtenstein AG
- Universität Liechtenstein
- Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland

Im Berichtsjahr 2011 haben sich bei der Liste der angeschlossenen Dienstgeber folgende Veränderungen ergeben:

Neuanschluss: Sachwalterverein

Austritt: Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (Austritt per 31. Dezember 2011)

## 2 Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger

### 2.1 Aktiv-Versicherte

	2011	2010
Männer	1'745	1'740
Frauen	1'638	1'618
<b>Total</b>	<b>3'383</b>	<b>3'358</b>

### 2.2 Mitglieder Magistratenfonds

	2011	2010
<b>Total</b>	<b>5</b>	<b>5</b>

### 2.3 Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten

	2011	2010
Männer	281	256
Frauen	502	472
<b>Total</b>	<b>783</b>	<b>728</b>

### 2.4 Pensionsbezüger

Pensionsart	2011	2010
<b>Alterspensionen</b>		
Männer	360	335
Frauen	221	193
Kinder	22	14
<b>Hinterlassenenpensionen</b>		
Männer	10	10
Frauen	124	115
Kinder	20	21
<b>Invalidentpensionen</b>		
Männer	39	38
Frauen	43	42
Kinder	28	23
<b>Total</b>	<b>867</b>	<b>791</b>

## 20 | 3 Art der Umsetzung des Zwecks

### 3.1 Erläuterung des Vorsorgeplans (Leistungsprimat und Beitragsprimat)

Für das Staatspersonal gilt das Leistungsprimat.

Für angeschlossene Betriebe, die in wesentlichen Geschäftsbereichen privatwirtschaftlich ausgerichtet sind, sowie für Gemeinden können auf dem Beitragsprimat basierende Vorsorgepläne vorgesehen werden. Für die übrigen angeschlossenen Betriebe gilt das Leistungsprimat.

#### Leistungsprimat

Der Vorsorgeplan «Leistungsprimat» ist im Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] sowie in der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV], im Vorsorgereglement und im Vorsorgeplan 1 im Detail festgelegt.

Die wesentlichen Merkmale des Vorsorgeplanes 1 sind:

#### Rücktrittsalter:

- Männer: 64
- Frauen: 64

#### Anrechenbarer Jahreslohn:

Als anrechenbarer Jahreslohn wird der mutmassliche AHV-Jahreslohn berücksichtigt. Er entspricht in der Regel dem 13-fachen Monatsgehalt (Jahresbesoldung einschliesslich Gratifikation).

#### Beitragspflichtiger Jahreslohn:

Anrechenbarer Jahreslohn abzüglich Koordination.

#### Koordinationsabzug:

Der Koordinationsabzug entspricht einem Dreizehntel der Jahresbesoldung einschliesslich der Gratifikation, höchstens jedoch dem sechsfachen Betrag der im jeweiligen Kalenderjahr geltenden Höhe der minimalen monatlichen Altersrente gemäss dem Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (im Berichtsjahr CHF 6'960). Bei Teilzeitbeschäftigten ist der Maximalbetrag dem Beschäftigungsgrad entsprechend herabzusetzen. Für Stundenlöhner gilt der Höchstansatz.

#### Beitragspflichtiger bzw. versicherter Jahreslohn:

Der beitragspflichtige und der versicherte Jahreslohn können unterschiedlich sein. Dies ist dann der Fall, wenn infolge überschüssigem oder fehlendem Deckungskapital eine Erhöhung bzw. eine Kürzung des versicherten Jahreslohnes vorgenommen werden muss.

#### Höhe der Alterspension:

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26 % der versicherten Besoldung als Alterspension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4 % Alterspension bei 40 Versicherungsjahren

**Höhe der Invalidenpension:**

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26 % der versicherten Besoldung als Invalidenpension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4 % Invalidenpension bei 40 Versicherungsjahren
- im Minimum 27 % der versicherten Besoldung, höchstens jedoch 75 % der maximalen AHV-Altersrente

**Höhe der Ehegatten- / Lebenspartnerpension:**

- 2/3 der anwartschaftlichen oder laufenden Alters- oder Invalidenpension
- im Minimum 16 % der versicherten Besoldung, höchstens jedoch 45 % der maximalen AHV-Altersrente

**Höhe der Kinder- und Waisenpension pro Kind und Jahr:**

- Kinderpension zur Alterspension:
  - 25 % der Alterspension; Höchstleistung von 75 % der Alterspension bei mehreren Kindern
- Kinderpension zur Invalidenpension:
  - 25 % bis Alter 16
  - 30 % bis Alter 19
  - 35 % bis Alter 25
 der Invalidenpension; Höchstleistung bei mehreren Kindern 75 % der Invalidenpension
- Waisenpension zur Alters-/Invalidenpension:
  - Die Höhe entspricht der Kinderpension zur Invalidenpension; Vollwaisen erhalten 200 % der minimalen Waisenpension von 25 %, sofern nicht die Pensionsversicherung des anderen verstorbenen Elternteils ebenfalls eine Waisenpension ausrichtet; Die Höchstleistung ist auf 75 % der Alterspension beschränkt.

**Todesfallabfindungen:**

Bei Tod vor dem Bezug der Alterspension bzw. bei Tod innerhalb von zehn Jahren seit dem Beginn des Alterspensionsbezugs.

**Teilweiser Kapitalbezug:**

Bei Beginn der Altersleistung möglich.

**Freizügigkeitsleistung:**

Bei vorzeitiger Beendigung des Dienstverhältnisses ohne Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenpension.

**Beitragsprimat**

Per 1. Januar 2011 hat kein angeschlossener Dienstgeber einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat vollzogen.

## 3.2 Finanzierung/Finanzierungsmethode

Die Finanzierung ist im Gesetz und Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] und [PVV] sowie im Vorsorgeereglement und im jeweiligen Vorsorgeplan im Detail beschrieben.

### Leistungsprimat

Die wesentlichen Merkmale des Vorsorgeplanes 1 sind:

**Einkaufssumme** bei Neueintritt über Alter 24, ansonsten Leistungskürzung in der Form eines reduzierten Pensionsatzes (weniger als 50.4 %)

### Beiträge der Versicherten

Im Alter zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres und 31. Dezember nach Vollendung des 23. Altersjahres:

– 1.5 % (Risikobeitrag)

Ab dem 1. Januar nach Vollendung des 23. Altersjahres (45 % vom Vollbeitrag):

– Minimalbeitrag 7.0 %; Maximalbeitrag 9.0 %

– Gültiger Satz im Berichtsjahr 8.5 % des beitragspflichtigen Jahreslohnes

### Beiträge der Dienstgeber

Im Alter zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres und 31. Dezember nach Vollendung des 23. Altersjahres:

– 1.5 % (Risikobeitrag)

Ab dem 1. Januar nach Vollendung des 23. Altersjahres (55 % vom Vollbeitrag):

– Minimalbeitrag 8.6 %; Maximalbeitrag 11.0 %

– Gültiger Satz im Berichtsjahr 10.4 % des beitragspflichtigen Jahreslohnes

Steigt die durchschnittliche Besoldung pro angeschlossenen Dienstgeber gegenüber dem Vorjahr um mehr als 3 %, so hat die Pensionsversicherung von den Dienstgebern einen einmaligen Zusatzbeitrag zur Deckung der dadurch anfallenden Mehrkosten einzufordern.

### Beitragsprimat

Per 1. Januar 2011 hat kein angeschlossener Dienstgeber einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat vollzogen.

## 3.3 Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit

Ist bei einem Austritt vor dem 58. Altersjahr aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal die Überweisung der fälligen Freizügigkeitsleistungen an einen neuen Dienstgeber nicht möglich oder nicht gewünscht, erfolgt die Auszahlung auf ein Freizügigkeitssperkonto. Diese Konten werden teilweise von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal verwaltet.

Das Land errichtet beim Amtsantritt für jedes Regierungsmitglied einen Ausgleichsfonds «Magistratenfonds», in den das Land laufend 10 % der Bruttobesoldung (Jahresbesoldung ohne Gratifikation) einzahlt. Weiteres ist unter Kapitel 5.3 beschrieben.

### 4.1 Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die vorliegende Jahresrechnung ist in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER 26 erstellt worden.

### 4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgt nach den Grundsätzen von Swiss GAAP FER 26, welche im Anlagereglement Anhang 4 beschrieben sind:

- |                                      |                                      |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
| a) Nominalwertforderungen            | zum Marktwert                        |
| b) Wandel- und Optionsanleihen       | zum Marktwert                        |
| c) Aktien und aktienähnliche Anlagen | zum Marktwert                        |
| d) Fonds                             | zum Rücknahmepreis der Anteilsrechte |
| e) Immobilien                        | zum Marktwert                        |

Der Marktwert wird jährlich einer Grob-Überprüfung unterzogen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden überprüft (letztmals per 31. Dezember 2010). Die von einem unabhängigen Experten ermittelten Werte werden durch einen zweiten, von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal und vom ersten Experten unabhängigen Schätzer überprüft (Second Opinion).

- |                               |               |
|-------------------------------|---------------|
| f) Nichttraditionelle Anlagen | zum Marktwert |
|-------------------------------|---------------|

Auf fremde Währungen lautende Aktiven und Passiven wurden zum Stichtagskurs, Aufwendungen und Erträge zum jeweiligen Tageskurs in Schweizer Franken umgerechnet.

### 4.3 Änderung von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung

Im Berichtsjahr sind die Grundsätze bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung in folgenden Bereichen angepasst worden:

- Bilanzierung der «Darlehen Einkauf bis Schlussalter 58-64», vergleiche Abschnitt 7.1.2
- Bilanzierung des «Vorsorgekapitals Aktiv-Versicherte» und der «technischen Rückstellungen», vergleiche Abschnitt 5.9

## 24 | 5 Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

**5.1 Art der Risikodeckung, Rückversicherungen**

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat die versicherungstechnische Form einer autonomen Pensionskasse. Sie trägt die versicherungstechnischen Risiken selbst. Rückversicherungen bestehen nicht.

**5.2 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Aktiv-Versicherte**

(in CHF)	2011	2010
Stand 1. Januar (DG1)	480'268'000.00	457'751'000.00
Veränderung gemäss Berechnung PV-Experte (DG1)	26'223'000.00	22'517'000.00
Umstellung auf Barwert der erworbenen Leistung (DG3)	41'333'000.00	n.a.
Umstellung auf Altersleistung ohne temporäre Risikoleistung	-57'239'000.00	n.a.
<b>Stand 31. Dezember (DG3)</b>	<b>490'585'000.00</b>	<b>480'268'000.00</b>

n.a.: nicht anwendbar

Die Bilanzierungsmethode wurde im Berichtsjahr geändert. Weitere Ausführungen sind im Kapitel 5.9 erläutert.

**5.3 Entwicklung des Magistratenfonds**

(in CHF)	2011	2010
Stand 1. Januar	535'529.04	399'873.34
Einlagen	130'955.30	129'657.60
Verzinsung	8'032.95	5'998.10
<b>Stand 31. Dezember</b>	<b>674'517.29</b>	<b>535'529.04</b>

Gemäss Art. 49a Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] ist für jedes Regierungsmitglied beim Amtsantritt ein Ausgleichsfonds zu bilden, in den das Land laufend wenigstens 10 % der Bruttobesoldung (Jahresbesoldung ohne Gratifikation) einzahlt. Werden diese Mittel für ein Regierungsmitglied beim Ausscheiden aus dem Regierungsamt nicht benötigt, sind sie von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal dem Land zurückzuerstatten. Die Leistungen an ehemalige Regierungsmitglieder werden vorerst durch die Entnahmen aus dem Ausgleichsfonds gedeckt. Ein allfälliger Restbetrag ist von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal der Regierung in Rechnung zu stellen und aus den allgemeinen Staatsmitteln aufzubringen (gemäss Art. 49m des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG]). Für das Jahr 2011 wurde der Zinssatz vom Stiftungsrat auf 1.50 % (Vorjahr 1.50 %) gemäss Art. 12 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] festgesetzt.



#### 5.4 Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten

(in CHF)	2011	2010
Stand 1. Januar	27'331'116.24	24'260'500.01
Bildung	14'082'041.12	9'250'501.66
Auflösung	-9'870'370.02	-6'550'985.18
Verzinsung	417'543.75	371'099.75
<b>Stand 31. Dezember</b>	<b>31'960'331.09</b>	<b>27'331'116.24</b>

Gemäss Art. 12 Abs. 2 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] sind für die Höhe der Zinssätze die jeweiligen Referenzwerte der Liechtensteinischen Landesbank massgebend. Für das Jahr 2011 wurde der Zinssatz vom Stiftungsrat auf 1.50 % (Vorjahr 1.50 %) gemäss Art. 12 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] festgesetzt.

#### 5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Pensionsbezüger

(in CHF)	2011	2010
Stand 1. Januar	242'866'000.00	228'004'000.00
Veränderung gemäss Berechnung PV-Experte	24'125'000.00	14'862'000.00
<b>Stand 31. Dezember</b>	<b>266'991'000.00</b>	<b>242'866'000.00</b>

Mit den ausgewiesenen Vorsorgekapitalien sind alle Pensionen inklusive sämtlicher aufgelaufener Teuerungszulagen kapitalmässig rückgestellt.

(in CHF 1'000)	2011	2010
Vorsorgekapital für Alterspensionen	202'280	183'379
Vorsorgekapital für Hinterlassenenpensionen	34'140	30'582
Vorsorgekapital für Invalidenpensionen	28'404	26'787
Vorsorgekapital für Kinderpensionen	2'167	2'118
<b>Total</b>	<b>266'991</b>	<b>242'866</b>

Per 1. Januar 2012 wurde keine Anpassung der laufenden Pensionen an die Teuerung vorgenommen. (Gemäss Beschluss des Stiftungsrats vom 23. November 2011)

## 26 | 5.6 Zusammensetzung der technischen Rückstellungen und des Teuerungsfonds

(in CHF)	2011	2010
Risikoschwankungsreserve	8'388'000.00	7'700'000.00
Tarifreserve (Zunahme Lebenserwartung)	36'900'000.00	31'900'000.00
Teuerungsfonds für Pensionisten	4'197'317.90	2'713'507.60
<b>Total</b>	<b>49'485'317.90</b>	<b>42'313'507.60</b>

**Risikoschwankungsreserve**

Gemäss «Rückstellungsreglement» wird zur Deckung der kurzfristigen Schwankungen im Risikoverlauf Tod und Invalidität (Abweichungen zu den erwarteten Todes- und Invaliditätsfällen) auf der Passivseite der Bilanz eine Rückstellung gebildet. Die Höhe der Rückstellung wurde in den Vorjahren aufgrund der gemäss Tarifgrundlagen zu erwartenden Schadenssumme gebildet. Die Bilanzierungsmethode wurde im Berichtsjahr geändert und die Höhe der Rückstellung entspricht neu 3 % des beitragspflichtigen Jahreslohnes 2011 (CHF 279.6 Mio). Weitere Ausführungen sind im Kapitel 5.9 erläutert.

**Tarifreserve**

Gemäss «Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven» dient diese Tarifreserve der Finanzierung der Umstellungskosten beim Wechsel der versicherungstechnischen Grundlagen. Bei erstmaliger Verwendung der neuen versicherungstechnischen Grundlagen wird diese Rückstellung aufgelöst. Die Tarifreserve entspricht 0.3 % des Vorsorgekapitals der Aktiv-Versicherten sowie 0.6 % des Vorsorgekapitals der Pensionsbezüger, unter Berücksichtigung des Zeitfaktors seit der Veröffentlichung EVK 2000 und trägt damit der steigenden Lebenserwartung Rechnung.

**Teuerungsfonds für Pensionisten**

Gemäss «Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven» dient der Teuerungsfonds für Pensionisten zur Finanzierung allfälliger Teuerungsanpassungen auf den laufenden Pensionen. Gemäss Art. 18 Abs. 5 lit. b des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] wird der Fonds aus dem Dienstnehmerbeitrag von 0.5 % des beitragspflichtigen Lohnes von Aktiv-Versicherten gebildet, deren Anschluss im Vorsorgeplan diese Zahlung vorsieht. Gemäss Art. 12 Abs. 3 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] wird der Teuerungsfonds für Pensionisten zum technischen Zinssatz von 4 % verzinst.

(in CHF)	2011	2010
Stand 1. Januar	2'713'507.60	1'318'165.00
Bildung	1'375'270.00	1'342'616.00
Verzinsung	108'540.30	52'726.60
<b>Stand 31. Dezember</b>	<b>4'197'317.90</b>	<b>2'713'507.60</b>

Die Teuerungszulagen auf die laufenden Pensionen werden teilweise nach dem Rentenwertumlage- und teilweise nach dem Ausgabenumlageverfahren finanziert. Die Limitierung des Leistungspotentials und damit der Ausgabenumlagekomponente richtet sich dabei nach Artikel 13 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV]. Es wird jährlich geprüft und neu vom Stiftungsrat entschieden, ob und in welchem Rahmen eine Teuerungsanpassung gewährt wird.

## 5.7 Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens

Das versicherungstechnische Gutachten per 31. Dezember 2011 wurde vom PV-Experten der Beratungsgesellschaft für die zweite Säule AG, Basel, erstellt. Die Grundlage des Gutachtens bildet – neben den geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen – der Aktiv-Versichertenbestand per 31. Dezember 2011 einschliesslich der für diesen Bestand geltenden versicherten Besoldungen ab 1. Januar 2012 sowie der Bestand an Pensionsbezüglern am 1. Januar 2012 einschliesslich aller bis zu diesem Stichtag gewährten Teuerungszulagen auf die laufenden Pensionen.

### Auszug aus dem versicherungstechnischen Gutachten:

#### Allgemeines

Die per 31. Dezember 2011 erstellte versicherungsmathematische Bilanz basiert auf den vom Stiftungsrat in den Jahren 2010 und 2011 gefassten Beschlüssen sowie dem geänderten Art. 22 PVV, auf einer geänderten Bilanzierungsmethode sowie auf dem modifizierten Tarif (EVK 2000, 4%, brutto, ohne temporäre Risikoleistungen).

Mit dieser Änderung der Bilanzierungsmethode bezweckt der Stiftungsrat:

- Eine Optimierung des Vorsorgekonzeptes dahingehend, dass künftig nur noch die anwartschaftlichen Altersleistungen in die Bilanzierung einfließen und freizügigkeitswirksam sind; die temporären Risikoleistungen werden pauschal bilanziert.
- Die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass künftig für die aktiven Versicherten die Summe der individuell erworbenen Austrittsguthaben als Vorsorgekapital bilanziert werden kann.

Die vollständige Umsetzung aller Massnahmen, welche für die Erreichung dieser Zielsetzungen erforderlich sind, setzt jedoch eine Gesetzesanpassung voraus.

#### Vermögensertrag

Die für das Berichtsjahr ausgewiesene Nettoperformance (nach der Durchschnittsmethode) beträgt -2.47 %; diese betrug in den letzten Jahren im Vergleich:

2007:	0.40 %
2008:	-18.20 %
2009:	10.26 %
2010:	2.77 %
2011:	-2.47 %

Die erzielte Performance übertraf damit einzig im Jahre 2009 den technischen Zinssatz und die Sollrendite.

#### Technische Zinsgewinne bzw. -verluste

Technische Zinsgewinne entstehen dann, wenn die Vermögenserträge höher sind als die technischen Zinsverpflichtungen der Pensionsversicherung (mehr als 4%, derzeit gültiger technischer Zinssatz). Dementsprechend resultieren technische Zinsverluste, wenn die Vermögenserträge niedriger sind als die technischen Zinsverpflichtungen auf den Vorsorgekapitalien.

# Anhang

28 | In den letzten fünf Jahren resultierten die folgenden technischen Zinsgewinne bzw. -verluste:

2007: Zinsverlust von	CHF 18.8 Mio.
2008: Zinsverlust von	CHF 115,4 Mio.
2009: Zinsgewinn von	CHF 28.4 Mio.
2010: Zinsverlust von	CHF 11.3 Mio.
2011: Zinsverlust von	CHF 45.0 Mio.

Diese Entwicklung der technischen Zinsgewinne bzw. -verluste erklären zu einem grossen Teil die Entwicklung der Deckungssituation der Pensionsversicherung in den letzten Jahren. Sie ist auch ein klarer Hinweis dafür, dass einerseits der versicherungstechnische Zinsfuss gesenkt werden sollte und andererseits nach Lösungen gesucht werden sollte, die jährlich zu erfüllenden technischen Zinsverpflichtungen senken zu können.

## Wertschwankungsreserve

Aufgrund der weiterhin bestehenden Unterdeckung sind auch im Berichtsjahr 2011 keine Wertschwankungsreserven gebildet worden. Grundsätzlich hat sich jedoch nichts an der Tatsache geändert, dass eine Zielwertschwankungsreserve zu bilden ist. Die von der PPCmetrics AG berechnete notwendige Zielwertschwankungsreserve ist auf 18.3 % (bei einem Ausfallrisiko von 2.5 %) des Totals der versicherungstechnischen Verpflichtungen erhöht worden; im Vorjahr betrug sie noch 15.4 %. Der Stiftung fehlt somit die finanzielle Risikofähigkeit, welche für die aktuell gültige Anlagestrategie notwendig wäre.

## Aktiv-Versicherte

Der Bestand der aktiven Versicherten ist nochmals wenig gewachsen. An der Besoldungs-, der Leistungs- und der Altersstruktur hat sich nichts wesentliches verändert. Es kann einmal mehr festgestellt werden, dass der Risikoverlauf – Todesfälle und Invaliditätsfälle – wie in den Vorjahren positiv ausgefallen ist. Per Saldo hat die Pensionsversicherung von dieser Entwicklung profitiert.

## Durchschnittsalter per 31. Dezember

	Zu-/Abnahme 2010 – 2011			2010
	2011	Betrag	Prozent	
Männer	44.3	+ 0.2	+ 0.5 %	44.1
Frauen	42.6	+ 0.2	+ 0.5 %	42.4
<b>Total</b>	<b>43.5</b>	<b>+ 0.2</b>	<b>+ 0.5 %</b>	<b>43.3</b>

## Durchschnittliches Eintrittsalter per 31. Dezember

(technisches Eintrittsalter, eingekaufte Versicherungsjahre sind berücksichtigt)

	Zu-/Abnahme 2010 – 2011			2010
	2011	Betrag	Prozent	
Männer	29.1	- 0.2	- 0.7 %	29.3
Frauen	30.4	- 0.2	- 0.7 %	30.6
<b>Total</b>	<b>29.7</b>	<b>- 0.2</b>	<b>- 0.7 %</b>	<b>29.9</b>

### Summe des beitragspflichtigen Jahreslohnes per 31. Dezember

	Zu-/Abnahme 2010 – 2011			2010*
	2011*	Betrag*	Prozent	
Männer	174'283	+ 1'175	+ 1.0 %	172'508
Frauen	105'313	+ 2'318	+ 2.3 %	102'995
<b>Total</b>	<b>279'596</b>	<b>+ 4'093</b>	<b>+ 1.5 %</b>	<b>275'503</b>

\* (in CHF 1'000)

### Durchschnitt des beitragspflichtigen Jahreslohnes pro Versicherten per 31. Dezember

	Zu-/Abnahme 2010 – 2011			2010
	2011	Betrag	Prozent	
Männer	99'876	+ 733	+ 0.7 %	99'143
Frauen	64'293	+ 637	+ 1.0 %	63'656
<b>Total</b>	<b>82'647</b>	<b>+ 603</b>	<b>+ 0.7 %</b>	<b>82'044</b>

#### Pensionsbezüger

Der Bestand der Pensionsbezüger hat erwartungsgemäss stark zugenommen. Als Folge des geringen Wachstums im Bestand der aktiven Versicherten hat das Pensionistenverhältnis (Anzahl aktive Versicherte zur Anzahl Pensionsbezüger) weiter abgenommen; es stellt jedoch mit 4.2 (ohne Kinder) nach wie vor einen vergleichsweise günstigen Wert dar.

Der versicherungstechnische Verlauf im Bestand der Pensionsbezüger – Entwicklung des notwendigen Deckungskapitals inkl. Rückstellungen im Vergleich zum Bestandeswachstum und zur Bestandesealterung – entspricht insgesamt den Erwartungen. Interessant ist die Feststellung, dass von den im Jahre 2009 (1. Januar 2009) 640 Pensionsbezügern 32 85-jährig oder älter waren, im Jahre 2012 (1. Januar 2012) von den 797 Pensionsbezügern immer noch nur 32 Pensionsbezüger 85-jährig oder älter sind. Man kann weiter feststellen, dass in diesen vier Jahren eine Verschiebung von den Alterspensionisten zu den Verwitwetenspensionisten stattgefunden hat.

#### Deckungsgrad

Der Deckungsgrad hat im Berichtsjahr von 77.7 % auf 75.5 % abgenommen. Allein aufgrund des versicherungstechnischen Ergebnisses des Berichtsjahres (Vermögenserträge und Risikoverlauf) hätte eine stärkere Abnahme des Deckungsgrades resultiert. Die Einführung der neuen Bilanzierungsmethode hat zusammen mit dem modifizierten Tarif für die Bilanzierung ein stärkeres Absinken des Deckungsgrades verhindert.

#### Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100 %) – MEV

Die im «MEV»-Konzept vorgesehenen Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung, welche ohne Gesetzesänderung durchgeführt werden können, sind inzwischen umgesetzt worden; die zweite Beitragserhöhung von 18.9 % des beitragspflichtigen Jahreslohnes auf 20.0 % des beitragspflichtigen Jahreslohnes allerdings erst auf den 1. Januar 2012. Es muss leider festgestellt werden, dass der mit dem «MEV»-Konzept definierte Sanierungspfad mit Terminplan nicht mehr eingehalten werden kann. Diese unerfreuliche Tatsache ist wie folgt zu begründen:

- Die Einführung des modifizierten Tarifs hat namhaft höhere Kosten zur Folge als ursprünglich angenommen worden ist.
- Die Einführung der neuen Bilanzierungsmethode («DG 3 neu») hat zusammen mit dem modifizierten Tarif nicht zu den veranschlagten Kosteneinsparungen geführt, dies insbesondere weil zusätzliche Reserveverstärkungen in die neue Bilanzierungsmethode einbezogen wurden.

- Die ersten beiden genannten Gründe haben zur Folge, dass ab 2012 ca. 3% der beitragspflichtigen Besoldung p.a. weniger für die Behebung der Unterdeckung zur Verfügung stehen als ursprünglich angenommen wurde.
- Die Anlageergebnisse der letzten beiden Berichtsjahre sowie der teurer als erwartet ausgefallene modifizierte Tarif haben die Pensionsversicherung vom ursprünglichen Sanierungspfad abgebracht.
- Die aktuelle Einschätzung der Kapitalmärkte zwingt den Stiftungsrat von deutlich niedrigeren Renditeerwartungen auszugehen. Anstelle der damals angenommenen 5% p.a. muss man heute von 3% p.a. ausgehen.

Die Behebung der Unterdeckung erfordert demzufolge wesentlich mehr Zeit und finanzielle Mittel. Der Stiftungsrat muss auch ernsthaft die Frage prüfen, auf welche Art und Weise die technischen Zinsverpflichtungen vorübergehend oder dauernd herabgesetzt werden können. Mit zu diesem Themenkreis gehört auch die Klärung der Frage eines Primatswechsels, denn auf diesem Wege könnten die technischen Zinsverpflichtungen nachhaltig reduziert und von den tatsächlichen künftigen Vermögenserträgen abhängig gemacht werden. Auch wenn dies zusätzliche Kosten zur Folge hätte, so muss der Stiftungsrat aufgrund der aktuellen Kapitalertragsperspektiven (3% Rendite p.a.) eine Senkung des technischen Zinssatzes ernsthaft ins Auge fassen. Denn wenn die technischen Zinsverpflichtungen aufgrund der aktuellen Renditeerwartungen gesenkt werden müssen, so muss dies grundsätzlich bei den aktiven Versicherten und den Pensionsbezüglern geschehen.

## **5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen**

Für die Bilanzierung und das versicherungstechnische Gutachten wurden die Rechnungsgrundlagen EVK 2000 brutto (ohne temporäre Risikoleistungen) mit einem technischen Zinsfuss von 4% verwendet. Die temporären Risikoleistungen sind über die Risikoschwankungsreserve abgedeckt. Die Berechnung des Vorsorgekapitals erfolgte nach dem Grundsatz der retrospektiven Betrachtung in geschlossener Kasse (Deckungsgrad 3).

Weitere Ausführungen sind im Kapitel 5.9 erläutert.

## **5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen**

Bei der Bilanzierung der Vorsorgekapitalien für Aktiv-Versicherte sowie der technischen Rückstellungen ergaben sich per 31. Dezember 2011 folgende Änderungen:

### **Vorsorgekapital für Aktiv-Versicherte**

Gemäss dem per 29. November 2011 geänderten Art. 22 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] ist für die Bilanzierung in der Jahresrechnung neu der Deckungsgrad 3 massgebend (Änderung in der Bilanzierungsmethode). Zudem wurden Änderungen in der Rechnungsgrundlage vorgenommen.

### **2010:**

- Bilanzierungsmethode: Die Bilanzierung erfolgte nach dem Grundsatz der prospektiven Betrachtung in geschlossener Kasse (Deckungsgrad 1).
- Rechnungsgrundlage: Als Rechnungsgrundlagen wurden die EVK 2000 netto (mit temporären Risikoleistungen) verwendet.

**2011:**

- Bilanzierungsmethode: Die Bilanzierung erfolgte nach dem Grundsatz der retrospektiven Betrachtung in geschlossener Kasse (Deckungsgrad 3).
- Rechnungsgrundlage: Als Rechnungsgrundlagen wurden die EVK 2000 brutto (ohne temporären Risikoleistungen) verwendet.

Das Vorsorgekapital der Aktiv-Versicherten per 31. Dezember 2011 entspricht nach der neuen Methodik der Summe der Barwerte der erworbenen Altersleistungen gemäss dem modifizierten Tarif EVK 2000, 4 %, brutto (ohne temporäre Risikoleistungen). Ab dem Jahr 2012 wird bei gleicher Bilanzierungsmethode der neue Tarif BVG 2010, 4 %, brutto (ohne temporäre Risikoleistungen) verwendet.

Diese Anpassung ergibt sich aus der strategischen Zielsetzung des Stiftungsrates, die finanzielle Sicherheit der Pensionsversicherung für das Staatspersonal durch eine vorsichtigeren Bilanzierung langfristig zu verbessern.

**Effekt der Umstellung der Bilanzierung auf DG 3 mit modifizierten Grundlagen**

(in CHF 1'000)

	Deckungsgrad 1 EVK 2000 netto 2010	Deckungsgrad 1 EVK 2000 netto 2011	Deckungsgrad 3 EVK 2000 netto 2011	Deckungsgrad 3 EVK 2000 brutto 2011
<b>Aktiven (verfügbare Mittel)</b>				
Bilanzsumme	618'518	637'271	637'271	637'271
Verpflichtungen aller Art	-1'980	-3'307	-3'307	-3'307
<b>Total netto verfügbare Mittel</b>	<b>616'538</b>	<b>633'964</b>	<b>633'964</b>	<b>633'964</b>
<b>Passiven (technische Verpflichtungen)</b>				
Vorsorgekapital Aktiv-Versicherte	480'268	506'491	547'824	490'585
Magistratenausgleichsfonds	536	675	675	675
Freizügigkeitssperrenkonten	27'331	31'960	31'960	31'960
Vorsorgekapital Pensionsbezüger	242'866	266'991	266'991	266'991
Technische Rückstellungen	42'314	49'985	0	49'485
<b>Totale technische Verpflichtungen</b>	<b>793'314</b>	<b>856'102</b>	<b>847'450</b>	<b>839'696</b>
<b>Deckungsgrad</b>	<b>77.7 %</b>	<b>74.1 %</b>	<b>74.8 %</b>	<b>75.5 %</b>

Die Tabelle enthält Rundungsdifferenzen.

**Technische Rückstellungen**

Weil die temporären Risikoleistungen aufgrund der modifizierten Rechnungsgrundlage in der versicherungsmathematischen Bilanz per 31. Dezember 2011 nicht mehr in den Barwerten enthalten sind, musste die Risikoschwankungsreserve für die Aktiv-Versicherten bereits per 31. Dezember 2011 – so wie im angepassten Rückstellungsreglement vorgesehen – auf 3 % der beitragspflichtigen Lohnsumme erhöht werden.

**Zur Information bezüglich Grundlagenwechsel per 1. Januar 2012:**

Per 1. Januar 2012 stellt die Pensionsversicherung für das Staatspersonal auf die neuesten technischen Grundlagen um und macht den sogenannten Grundlagenwechsel von EVK 2000 auf BVG 2010 mit Verstärkung der Rückstellung für die Zunahme der Lebenserwartung ab dem Erhebungszeitpunkt 1. Juli 2007. Dies bedingt eine Zunahme des Vorsorgekapitals und der technischen Rückstellungen um CHF 23'250'000 und somit resultiert ein Deckungsgrad per 1. Januar 2012 von 73.5 % (31. Dezember 2011: 75.5 %).

## 5.10 Deckungsgrad

### Deckungsgrad gemäss kaufmännischer Bilanz

(in CHF 1'000)		2011	2010
<b>Aktiven (verfügbare Mittel)</b>			
Bilanzsumme		637'271	618'518
Verpflichtungen aller Art		-3'307	-1'980
<b>Total netto verfügbare Mittel</b>	<b>(A)</b>	<b>633'964</b>	<b>616'538</b>
<b>Passiven (technische Verpflichtungen)</b>			
Vorsorgekapital Aktiv-Versicherte		490'585	480'268
Magistratenausgleichsfonds		675	536
Freizügigkeitssperrkonten		31'960	27'331
Vorsorgekapital Pensionsbezüger		266'991	242'866
Technische Rückstellungen		45'288	39'600
Teuerungsfonds für Pensionisten		4'197	2'714
<b>Totale technische Verpflichtungen</b>	<b>(B)</b>	<b>839'696</b>	<b>793'314</b>
<b>Deckungsgrad</b>	<b>(A) : (B) x 100</b>	<b>75.5 %</b>	<b>77.7 %</b>

2010: Deckungsgrad 1, prospektive Betrachtung, geschlossene Kasse

2011: Deckungsgrad 3, retrospektive Betrachtung, geschlossene Kasse



## 6 Erläuterung der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

### 6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement

Gemäss Art. 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] gehört der Erlass des Anlagereglements zu den Aufgaben des Stiftungsrates. Der Stiftungsrat hat gestützt auf diese Kompetenz das bestehende Anlagereglement vom 5. Dezember 2007 ausser Kraft gesetzt und ein neues Anlagereglement erarbeitet und per 1. April 2011 in Kraft gesetzt. Das Anlagereglement regelt alle Belange der Vermögensanlage, wonach das Organisations- und Vorsorgereglement diesbezüglich auf das Anlagereglement verweisen. Mit diesem vom PVG und PVV abgeleiteten schlanken Reglementarium sollen die zuständigen Organe bei der gezielten Erfüllung ihrer Aufgaben geführt werden.

Die Vermögensanlagen werden in «Operative Aktiven» und «Finanzanlagen» unterteilt. Die Anlagetätigkeit in Bezug auf das Anlagereglement und die Anlagestrategie bzw. deren Bewirtschaftung bezieht sich nur auf die «Finanzanlagen».

Per 31. Dezember 2011 bestehen folgende Vertragspartner:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter / Depotstelle
Liquidität, Cash CHF (Operativ und Finanzanlagen)	LLB, Vaduz
Obligationen CHF	LLB, Vaduz Sarasin, Basel
Obligationen Fremdwährung	VP-Bank, Vaduz PIMCO, Zürich
Aktien Schweiz / Liechtenstein	LLB, Vaduz
Aktien Welt	Pictet, Zürich LGT, Vaduz
Aktien Emerging Market	Pictet, Zürich Aberdeen, Zürich
Private Equity	LGT, Vaduz
Commodities	Goldman Sachs, London Gresham Investment, New York

Zudem besteht mit der Liechtensteinischen Landesbank ein Vertrag zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken sowie die Möglichkeit zur Anlage der Liquidität. Im Berichtsjahr wurden auf Grund der tiefen Zinssätze keine kurzfristigen Anlagen gehalten.

Im Berichtsjahr wurden folgende neue Mandate abgeschlossen:

Obligationen Fremdwährung (Global Corporates)	PIMCO, Zürich
Aktien Welt hedged	LGT, Vaduz
Aktien Emerging Market	Pictet, Zürich Aberdeen, Zürich

Das Mandat Aktien Welt mit Pictet hatte bereits einen Anteil an Aktien Emerging Market, welcher im Berichtsjahr ausgeschieden und in ein neues Mandat überführt wurde. Die anderen neuen Mandate erfolgten aufgrund der Strategieanpassung.

## 6.2 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve

Zum Ausgleich von Wertschwankungen auf der Aktivseite sowie zur Gewährleistung der notwendigen Verzinsung der Verpflichtungen wird auf der Passivseite der kaufmännischen Bilanz eine Wertschwankungsreserve gebildet. Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird nach einer finanzökonomischen Methode (Value at Risk-Methode) ermittelt. Bei diesem Verfahren wird aufgrund der Rendite-/Risikoeigenschaften der Anlagestrategie und des aus den Verpflichtungen resultierenden Renditebedarfs (Sollrendite) die Wertschwankungsreserve ermittelt, mit der normale Wertschwankungen des Gesamtvermögens aufgefangen werden sollen und welche die geforderte Minimalverzinsung der gebundenen Vorsorgekapitalien ermöglichen soll. Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird in Prozenten der Verpflichtungen ausgedrückt. Es wird ein Sicherheitsniveau von mindestens 97.5 % über ein Jahr angestrebt.

### Wertschwankungsreserve

(in CHF)	2011	2010
Vorsorgekapital und technische Rückstellungen gemäss Bilanz	839'696'166.28	793'314'152.88
Minimal notwendige prozentuale Wertschwankungsreserve bei einem Ausfallrisiko von 2.5 % gemäss Investment-Controller	18.3 %	15.4 %
Notwendige Wertschwankungsreserve (gerundet) (A)	153'664'400.00	122'170'380.00
Bilanzierte Wertschwankungsreserve (B)	0.00	0.00
<b>Reservedefizit (A) – (B)</b>	<b>153'664'400.00</b>	<b>122'170'380.00</b>

Basierend auf den Berechnungen von PPCmetrics AG wurde die minimale notwendige Reserve auf 18.3 % (bei einem Ausfallrisiko von 2.5 %) festgelegt. Infolge Anpassung der strategischen Allokation der Vermögensanlagen per 1. Januar 2011 und weil PPCmetrics leicht konservativere Rendite-/Risikoannahmen als Complementa verwendet hat, ist der Wertschwankungsreservenbedarf 2011 gegenüber 2010 gestiegen. Die künftige Berechnung erfolgt jährlich im Rahmen der Überprüfung der Anlagestrategie durch PPCmetrics AG.

## 6.3 Darstellung der Vermögensanlagen nach Anlagekategorien

### 6.3.1 Vermögensanlagen

(in CHF)	2011	2010
Operative Aktiven	41'538'874.03	29'402'032.27
Finanzanlagen	595'654'153.99	588'885'581.43
<b>Total</b>	<b>637'193'028.02</b>	<b>618'287'613.70</b>

Die Vermögensanlagen setzen sich zusammen aus den gemäss Anlagereglement und Anlagestrategie bewirtschafteten Aktiven, den sogenannten «Finanzanlagen», und den zur operativen Geschäftstätigkeit notwendigen Aktiven, den sogenannten «Operative Aktiven».

### 6.3.2 Anlagebegrenzungen nach Anlagereglement

Die Anlagebegrenzungen nach dem Anlagereglement beziehen sich nur auf die «Finanzanlagen» d.h. unter Ausschluss der in den Vermögensanlagen eingerechneten «Operative Aktiven».

Für die Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal gelten gemäss Art. 5.3 des Anlagereglements folgende Begrenzungen:

#### Einzelbegrenzungen nach Art. 5.3 des Anlagereglements

Anlagekategorie (inklusive Derivate)	Marktwert Mio. CHF	Anteil	Begrenzung	Resultat
Flüssige Mittel, Festgelder	8.3	1.4 %	max. 100 %	eingehalten
Obligationen Schuldner FL, CH und EWR	179.3	30.1 %	max. 100 %	eingehalten
Obligationen Schuldner Drittstaaten	136.3	22.9 %	max. 75 %	eingehalten
Aktien, ähnliche Beteiligungen, Immobilienfonds	207.6	34.9 %	max. 50 %	eingehalten
Direkte Immobilien	41.3	6.9 %	max. 30 %	eingehalten
Private Equities	6.1	1.0 %	max. 7.5 %	eingehalten
Hedge Funds	0.6	0.1 %	max. 7.5 %	eingehalten
Commodities	16.3	2.7 %	max. 7.5 %	eingehalten
<b>Subtotal Finanzanlagen</b>	<b>595.7</b>	<b>100.0 %</b>		
Operative Aktiven	41.5			
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.1			
<b>Total Aktiven gemäss Bilanz</b>	<b>637.3</b>			

Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

#### Einzelbegrenzung nach Art. 6.4.4 des Anlagereglements

Anlagekategorie (inklusive Derivate)	Begrenzung	Resultat
Land Liechtenstein oder Liecht. Landesbank AG mit Staatsgarantie	max. 50 %	eingehalten
Liecht. Landesbank AG ohne Staatsgarantie	max. 30 %	eingehalten
Forderungen gegen andere Einzelschuldner (AAA-Rating)	je max. 4 %	eingehalten
Forderungen gegen andere Einzelschuldner (AA-Rating)	je max. 3 %	eingehalten
Forderungen gegen andere Einzelschuldner (A-Rating)	je max. 2 %	eingehalten
Forderungen gegen andere Einzelschuldner (tieferes-Rating)	je max. 1 %	eingehalten
Börsengehandelte Aktien	je max. 3 %	eingehalten

#### Gesamtbegrenzungen nach Art. 5.3 des Anlagereglements

Anlagekategorie (inklusive Derivate)	Marktwert Mio. CHF	Anteil	Begrenzung	Resultat
Sachwerte (Aktien, Illiquide Anlagen u. Commodities)	271.8	45.6 %	max. 70 %	eingehalten
Illiquide Anlagen (Immobilien, Private Equities, etc.)	47.9	8.0 %	max. 35 %	eingehalten
Alternative Anlagen	23.0	3.9 %	max. 15 %	eingehalten
Fremdwährungen (nicht abgesichert)	105.1	17.6 %	max. 30 %	eingehalten

Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

Per Bilanzstichtag sind alle im Anlagereglement definierten Anlagebegrenzungen eingehalten.

### 6.3.3 Anlagebegrenzungen nach Anlagestrategie

Gemäss Anhang 3 des Anlagereglements richtet sich die Vermögensstruktur unter Beachtung der Anlagebegrenzungen gemäss Kapitel 5.3 des Anlagereglements nach der vom Stiftungsrat festgesetzten strategischen Allokation und den dazugehörigen Bandbreiten.

Per 31. Dezember 2011 präsentiert sich die Situation wie folgt:

Anlagekategorie	Marktwert Mio. CHF	Ist	SAA*	Diff.	Bandbreiten min. max.		Status
<b>Nominalwerte</b>	<b>323.8</b>	<b>54.4 %</b>	<b>51.0 %</b>	<b>3.4 %</b>			
Liquidität	8.3	1.4 %	0.0 %	1.4 %	0.0 %	5.0 %	i.O.
Obligationen CHF (Ausland)	153.8	25.8 %	25.0 %	0.8 %	20.0 %	30.0 %	i.O.
Obligationen FW (hedged)	161.7	27.2 %	26.0 %	1.2 %	21.0 %	31.0 %	i.O.
<b>Sachwerte</b>	<b>271.8</b>	<b>45.6 %</b>	<b>49.0 %</b>	<b>-3.4 %</b>			
Aktien Schweiz / FL	64.2	10.8 %	10.0 %	0.8 %	7.0 %	13.0 %	i.O.
Aktien Welt	64.9	10.9 %	8.0 %	2.9 %	15.0 %	25.0 %	i.O.
Aktien Welt (hedged)	47.1	7.9 %	12.0 %	-4.1 %			
Aktien Emerging Markets	31.3	5.3 %	5.0 %	0.3 %	3.0 %	7.0 %	i.O.
Immobilien FL	41.3	6.9 %	9.0 %	-2.1 %	5.0 %	15.0 %	i.O.
Private Equity	6.1	1.0 %	2.0 %	-1.0 %	0.0 %	3.0 %	i.O.
Hedge Funds (hedged)	0.6	0.1 %	0.0 %	0.1 %	0.0 %	5.0 %	i.O.
Commodities (hedged)	16.3	2.7 %	3.0 %	-0.3 %	2.0 %	4.0 %	i.O.
<b>Subtotal Finanzanlagen</b>	<b>595.7</b>	<b>100.0 %</b>	<b>100.0 %</b>				
Operative Aktiven	41.5						
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.1						
<b>Total Aktiven gemäss Bilanz</b>	<b>637.3</b>						

Sonstige Begrenzungen	Marktwert Mio. CHF	Ist	SAA	Diff.	Bandbreiten min. max.		Status
Total Fremdwährungen	257.4	43.2 %	56.0 %	-12.8 %	41.0 %	75.0 %	i.O.
Fremdwährungen (unhedged)	105.1	17.6 %	15.0 %	+2.6 %	10.0 %	20.0 %	i.O.
Total Aktien	207.6	34.9 %	35.0 %	-0.1 %	25.0 %	45.0 %	i.O.
Total Immobilien	41.3	6.9 %	9.0 %	-2.1 %	5.0 %	15.0 %	i.O.
Total Alternative Anlagen	23.0	3.9 %	5.0 %	-1.1 %	2.0 %	12.0 %	i.O.

Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

\* SAA: Strategische Asset Allocation = Strategische Vermögensaufteilung

Per 31. Dezember 2011 waren die Bandbreiten gemäss Anlagestrategie (SAA 2011) eingehalten.

#### **6.4 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente**

Mit Ausnahme der für die Absicherung von Fremdwährungsanlagen getätigten Devisentermingeschäfte bestehen per Bilanzstichtag keine offenen Derivate (Futures und Optionen).

#### **6.5 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter Securities Lending**

Per Bilanzstichtag sind keine Wertschriften «Direktanlagen» ausgeliehen.

Das Mandat Aktien Schweiz indexiert wurde im Frühjahr 2011 von Direktanlagen auf Kollektivanlage umgestellt. Per Bilanzstichtag hat die Pensionsversicherung Anteile an der Kollektivanlage LLB QI Equities Switzerland CHF, welche nicht ausgeliehen werden. Die Kollektivanlage wiederum generiert weiterhin Erträge aus Securities Lending zu Gunsten der Performance des LLB QI Equities Switzerland CHF.

Aus den Direktanlagen wurden bis zum Frühjahr 2011 Erträge aus Securities Lending im Umfang von CHF 22'824.84 gutgeschrieben. Die ausgeliehenen Positionen waren jeweils mit Sicherheiten hinterlegt und somit gedeckt.

**6.6 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlagen****6.6.1 Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen**

(in CHF)	Erträge	Kurserfolg	Total
Liquidität, Cash (Flüssige Mittel bei Banken)	47'748.39	0.00	47'748.39
Forderungen	9'730.49	0.00	9'730.49
Anlagen beim Dienstgeber (Verzugszins)	1'899.60	0.00	1'899.60
Liquidität	126'314.77	0.00	126'314.77
Obligationen	7'256'415.50	3'304'624.20	10'561'039.70
Aktien	3'021'489.41	-27'505'968.85	-24'484'479.44
Immobilien	1'620'139.37	0.00	1'620'139.37
Alternative Anlagen	140'822.32	-1'301'587.25	-1'160'764.93
<b>Zwischentotal</b>	<b>12'224'559.85</b>	<b>-25'502'931.90</b>	<b>-13'278'372.05</b>
Zinsaufwand			-9'734.90
Verwaltungsaufwand Anlagen (entspricht 0,35 %* der durchschnittlichen Aktiven)			-2'226'117.63
<b>Total</b>			<b>-15'514'224.58</b>

\* Die PVS hat im Vergleich zu anderen Pensionsversicherungen viele Direktmandate und somit ist der ausgewiesene Verwaltungsaufwand höher als bei anderen Pensionsversicherungen.

**Verwaltungsaufwand**

Der Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

(in CHF)	2011	2010
Bankspesen, Gebühren, Steuern	733'977.19	591'712.40
Management Fees der Vermögensverwalter	884'337.22	709'864.90
Transaktion Fees, Custody Fees	3'827.41	17'255.65
Wertschriftenbuchhaltung / Controlling	347'313.95	364'248.05
Beratungsaufwand	145'014.75	121'606.50
Vermögensanlagekommission	108'400.61	79'452.80
Liegenschaftsverwaltung	3'246.50	4'304.00
<b>Total</b>	<b>2'226'117.63</b>	<b>1'888'444.30</b>

Der Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen ist bei einem gegenüber 2010 gestiegenen Anlagevermögen höher als im Vorjahr. Der Anstieg ist zum einen die Folge höherer Management Fees an die Vermögensverwalter, zum anderen das Resultat höherer Steuern und Abgaben. Im Berichtsjahr beläuft sich der Aufwand für die Verwaltung der Vermögensanlagen auf 0.35 % der durchschnittlichen Aktiven (2010: 0.32 %; 2009: 0.38%).

In der Position «Bankspesen, Gebühren, Steuern» sind vor allem die bei der Bewirtschaftung anfallenden Transaktionsgebühren sowie Steuern/Abgaben enthalten. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf die bei den Neuinvestitionen bzw. Umstrukturierungen der Fremdwährungsobligationen- und Aktienportfolios angefallenen Umsatzabgaben zurückzuführen.

Die Position «Management Fees» beinhaltet die Entschädigungen im Rahmen der Bewirtschaftungen der Anlagekategorien durch spezialisierte Vermögensverwalter. Die Zunahme der Position «Management Fees» ist im Wesentlichen die Folge der Umstellung sämtlicher Mandate auf Pauschalentschädigung, während per Ende 2010 noch performanceabhängige Gebührenrückzahlungen in Abzug gebracht werden konnten.

Unter «Wertschriftenbuchhaltung/Controlling» sind die Leistungen für das Performance-Reporting, Investment-Controlling und Wertschriftenbuchhaltung sowie für die damit verbundenen Leistungen enthalten. Infolge Vertragsanpassung mit der Complementa AG per Mitte 2010 ist der betragsmässige Aufwand zurückgegangen. Demgegenüber ist der «Beratungsaufwand», welcher die Leistungen des Investment Advisors (Anlageexperten) der Firma PPCmetrics AG umfasst, leicht angestiegen.

In der Position «Vermögensanlagekommission» sind die Entschädigungen für die Mitglieder der Vermögensanlagekommission (VAK) enthalten und widerspiegeln deren intensive Sitzungstätigkeit im Berichtsjahr.

#### 6.6.2 Performance gemessen an durchschnittlich gehaltenen Aktiven

(in CHF)	2011	2010
Nettoergebnis aus der Vermögensanlage exklusiv Zinsaufwand (A)	-15'504'489.68	16'555'028.78
Durchschnittliche Aktiven (B)	627'894'327.40	596'568'807.73
<b>Performance (A) / (B)</b>	<b>-2.47 %</b>	<b>2.77 %</b>

## 6.6.3 Performance gemessen nach der TWR-Methode

Nachfolgende Darstellung zeigt die Renditeentwicklung der einzelnen Vermögensverwaltungsmandate im Berichtsjahr nach der TWR-Methode:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter	Performance*	Bewirtschaftung
Liquidität, Cash CHF der Finanzanlagen	PVS	–	
Obligationen CHF	LLB	2.49 %	indexnah
	Sarasin	2.89 %	indexnah
Obligationen Fremdwährung	VP-Bank	5.95 %	indexnah
	PIMCO (ab 01.06.11)**	-0.42 %	aktiv
Aktien Schweiz	LLB	-7.17 %	indexiert
Aktien Welt	Pictet	-5.93 %	indexiert
	LGT (ab 01.07.11) **	-18.90 %	aktiv
Aktien Emerging Markets	Pictet (ab 01.03.11) **	-15.15 %	indexiert
	Aberdeen (ab 01.05.11) **	-3.15 %	aktiv
Private Equity	LGT	18.41 %	aktiv
Immobilien Inland	PVS	4.00 %	PVS direkt
Hedge Funds	LGT (bis 31.03.11) ***	1.12 %	aktiv
	Harcourt (in Liquidation)	-23.35 %	aktiv
Commodities	Goldman Sachs	-10.47 %	indexnah
	Gresham	-10.08 %	aktiv
<b>Konsolidierung</b>		<b>-2.58 %</b>	

PVS = Pensionsversicherung für das Staatspersonal \* inkl. Erfolg aus Fremdwährungsabsicherung \*\* neues Mandat \*\*\* Mandat aufgelöst

Gemäss dem durch die Complementa Investment-Controlling AG erstellten Performancereport beläuft sich die Rendite auf dem Gesamtvermögen für das Jahr 2011 auf -2.58 % (Vorjahr: +3.05 %). Der Grund für die abweichenden Performannewerte gemäss Kapitel 6.6.2 liegt darin, dass zum einen nur die «Finanzanlagen» zur aktiven Bewirtschaftung der Vermögensanlagen zählen und zum anderen in der unterschiedlichen Methodik der Performancemessung. Die Complementa Investment-Controlling AG misst im Rahmen der monatlichen Performancemessung die Wertentwicklung jedes einzelnen Investments und berechnet daraus für die einzelnen Mandate, Anlagekategorien und das Vermögen der Finanzanlagen nach der TWR-Methode (time-weighted return) die Performance. Die Monatsergebnisse werden dann im Jahresverlauf multiplikativ miteinander verknüpft.



## 6.7 Erläuterung der Anlagen beim Dienstgeber

(in CHF)	2011	2010
Landesverwaltung (1)	2'701'169.40	2'607'152.05
Angeschlossene Betriebe (1)	1'071'314.32	803'706.02
<b>Zwischentotal (1)</b>	<b>3'772'483.72</b>	<b>3'410'858.07</b>
Landesverwaltung (2)	0.00	5'186.35
Angeschlossene Betriebe (2)	328.60	1'892.60
<b>Zwischentotal (2)</b>	<b>328.60</b>	<b>7'078.95</b>
Landesverwaltung (3)	0.00	260'817.05
Angeschlossene Betriebe (3)	511'109.64	53'681.59
<b>Zwischentotal (3)</b>	<b>511'109.64</b>	<b>314'498.64</b>
<b>Total</b>	<b>4'283'921.96</b>	<b>3'732'435.66</b>

Die Anlagen bei Dienstgeberfirmen enthalten in Position (1) Kontokorrentforderungen aus offenen Beitragszahlungen. Es erfolgt keine Verzinsung der Kontokorrente der Dienstgeber.

Die Positionen (2) beinhalten die in Rechnung gestellten Verzugszinsen von 4 % wegen zu spät eingegangenen Beitragszahlungen sowie andere Rechnungen.

Steigt die durchschnittliche versicherte Besoldung jeder Dienstnehmer-Gruppe gegenüber dem Vorjahr um mehr als 3 %, so hat die Pensionsversicherung von den Dienstgebern einen einmaligen Zusatzbeitrag zur Deckung der dadurch anfallenden Mehrkosten einzufordern. Die Positionen (3) beinhalten die im Jahr 2012 in Rechnung gestellten Kosten für Lohnerhöhungen im Jahr 2011 an die Dienstgeber.

## 42 | 7 Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

### 7.1 Erläuterungen zur Bilanz

#### 7.1.1 Cash

(in CHF)	2011	2010
Bankguthaben	9'569'152.42	9'614'526.20

Hier handelt es sich um das operative Bankkonto bei der Liechtensteinischen Landesbank. Aufgrund des positiven Cash Flows wurde monatlich eine Abschöpfung der operativen Liquidität zu den Anlagen von CHF 2 Mio. vorgenommen.

#### 7.1.2 Forderungen

(in CHF)	2011	2010
Guthaben Renovationsfonds «Burg»	96'387.95	90'279.10
Anzahlung Immobilien	26'189'216.45	14'812'094.45
Darlehen für Einkauf bis 10 Jahre	990'859.15	262'208.16
Darlehen für Einkauf bis Finanzierungsschlussalter 58 bis 64	400'307.25	864'086.85
Kontokorrent Altmagistraten	6'912.35	11'082.50
Kontokorrent Versicherte	2'116.50	15'319.35
<b>Total</b>	<b>27'685'799.65</b>	<b>16'055'070.41</b>

Im Posten «Guthaben Renovationsfonds Burg» ist der Anteil der Pensionsversicherung für das Staatspersonal am Renovationsfonds der Liegenschaft Städtle «Burg» enthalten.

Die Position «Anzahlung Immobilien» beinhaltet die Anzahlung an eine Überbauung, die die Pensionsversicherung nach Fertigstellung im Jahr 2012 erwerben wird. Die Pensionsversicherung ist nicht Bauherr der Überbauung.

Gestützt auf Art. 8.3 des Vorsorgereglements kann die Einkaufssumme neben einer einmaligen Barzahlung wie folgt finanziert werden:

##### Variante Darlehen

Die gesamte Einkaufssumme wird zuerst als Darlehen gewährt, welches in der Folge durch monatliche Zahlungen in längstens zehn Jahren amortisiert wird. Die Darlehen wurden im Berichtsjahr den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend mit 4% verzinst.

##### Variante Zusatzbeitrag

Die gesamte Einkaufssumme wird mittels gleichbleibendem Zusatzbeitrag bis zum Finanzierungsschlussalter 58 bis 64 finanziert. Diese Schuld des Versicherten wird beim Eintritt einer Risikoleistungspflicht ausgebucht.

Die Position «Darlehen für Einkauf bis 10 Jahre» ist gegenüber dem Vorjahr stark gestiegen und ist auf den angekündigten Tarifwechsel per 2012 zurückzuführen. Vor allem jüngere Versicherte kauften sich noch zu einem günstigeren Tarif mittels Darlehen ein.

Die Position «Darlehen für Einkauf bis Finanzierungsschlussalter 58 bis 64» ist gegenüber dem Vorjahr stark vermindert worden, was primär auf eine Bilanzierungsumstellung zurückzuführen ist. Die Restschuld wird nicht mehr zum Nominalwert (Summe der Beiträge) ausgewiesen, sondern zum Barwert (diskontierter Wert der Beiträge). Dieser Betrag deckt sich mit dem Betrag, welcher bei einer Einmalzahlung fällig wäre.

Das «Kontokorrent Altmagistraten» beinhaltet Beitragsforderungen an ausgeschiedene, weiter bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal versicherte Regierungsmitglieder.

Das «Kontokorrent Versicherte» beinhaltet vor allem Beiträge für Dienstunterbrüche im Jahr 2011, welche erst im Jahr 2012 bezahlt wurden und somit per Bilanzstichtag offen sind.

### 7.1.3 Immobilien

(in CHF)	2011	2010
Liegenschaft «Burg», Vaduz	3'510'000.00	3'510'000.00
Mehrzweckgebäude, Triesen	12'750'000.00	12'750'000.00
Bürogebäude «Pflugstrasse», Vaduz	11'500'000.00	11'500'000.00
Überbauung «Real», Vaduz	13'500'000.00	13'500'000.00
<b>Total</b>	<b>41'260'000.00</b>	<b>41'260'000.00</b>

Die Liegenschaften sind zu Marktwerten bewertet.

Gemäss Anlagereglement Anhang 4 ist die Bewertung der Liegenschaften jährlich einer Grob-Überprüfung zu unterziehen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden von unabhängigen Experten zu überprüfen. Im Berichtsjahr erfolgte eine Grob-Überprüfung/Bewertung nach anerkannten Schätzungsmethoden auf den 31. Dezember 2011. Die dabei ermittelten Werte sehen wie folgt aus:

Liegenschaft	Ertragswert	Realwert	Verkehrswert	Marktwert
Burg	2'781'000	5'559'000	3'479'000	3'510'000
MZG	11'648'700	12'989'000	12'214'000	12'750'000
Pflugstrasse	8'978'000	12'235'000	10'606'000	11'500'000
Real	8'966'000	16'709'000	12'838'000	13'500'000
<b>Total</b>	<b>32'373'700</b>	<b>47'492'000</b>	<b>39'137'000</b>	<b>41'260'000</b>

Bei den Marktwerten ergab die Grob-Überprüfung/Bewertung keine Veränderungen. Bei den Ertrags-, Real- und Verkehrswerten wurden die Werte gerundet.

#### Kurzbeschreibungen der einzelnen Werte:

##### Ertragswert

Der Ertragswert wird stark durch den Kapitalisierungsfaktor geprägt und beeinflusst. Grundsätzlich basiert er auf einem Durchschnittssatz für eine erste variable Hypothek. Auf diesen Satz erfolgt ein prozentualer Zuschlag je nach Neu- oder Altbau und Art der zu bewertenden Liegenschaft normalerweise zwischen 1.0 % bis 4.0 %. Die seit längerer Zeit vorherrschenden tiefen Hypothekarzinsen können nicht darüber

# Anhang

44 | hinwegtäuschen, dass sicherheitsstrategisch eher von einem kalkulierten Durchschnittssatz in Höhe von mindestens 4.0% ausgegangen werden sollte. Gemäss Experten wurde für die Liegenschaften im Fürstentum Liechtenstein für das Berichtsjahr mit objektbezogenen Sätzen von 5.0% bis 7.0% gerechnet, welche auch Reserven für zukünftige Renovationskosten beinhalten.

## Realwert

Dieser Wert ergibt sich aus der Summe der Werte für Boden, Wohn- und Gebäudewert sowie Erschliessungskosten abzüglich der Minderwerte. Der Gebäudewertverminderung wird durch die Erhöhung des Abschreibungssatzes Rechnung getragen, welcher sich nach dem Alter, der Nutzung und dem heutigen Zustand der Bauten orientiert.

## Verkehrswert

Indem Ertrags- und Realwert gewichtet werden (je nach Gebäudetyp unterschiedlich), resultiert der Verkehrswert.

## Marktwert

Dieser Wert berücksichtigt nebst oben genannten Werten zusätzlich noch Lage, Zustand und Ausbau.

### 7.1.4 Aktive Rechnungsabgrenzung

(in CHF)	2011	2010
Wertschriften	0.00	158'640.82
Liegenschaften	77'733.02	71'639.23
<b>Total</b>	<b>77'733.02</b>	<b>230'280.05</b>

Die Aktive Rechnungsabgrenzung «Wertschriften» beinhaltet in den Vorjahren ausschliesslich Portfolio Management Fee-Positionen und entsprechende MwSt-Positionen.

Die Position «Liegenschaften» beinhaltet den Saldo der Gewinnvorträge der Immobilien «Burg» und «Pflugstrasse».

### 7.1.5 Verbindlichkeiten

(in CHF)	2011	2010
Freizügigkeitsleistungen und Pensionen	2'267'048.44	960'467.92
Andere Verbindlichkeiten		
Kreditoren	525'309.01	447'401.25
Quellensteuer	89'831.50	92'166.50
Liegenschaften	19'793.90	19'744.55
Versicherte	5'549.35	470.85
Verbindlichkeiten Dienstgeber	3'812.34	23'843.62
<b>Total</b>	<b>2'911'344.54</b>	<b>1'544'094.69</b>

### Freizügigkeitsleistungen und Pensionen

Es handelt sich einerseits um Freizügigkeitsleistungen von Austritten im Berichtsjahr von CHF 1'886'602.79, welche erst nach dem 31. Dezember 2011 abgerechnet werden und andererseits um nicht verwendete Eintrittsleistungen von CHF 360'489.50 für Versicherte, die erst nach dem 31. Dezember 2011 der Stiftung beitreten, bei denen die Freizügigkeitsleistung kurz vor Jahresende bereits eingegangen ist. In der Position sind auch pendente Pensions- und Kapitalzahlungen von CHF 19'956.15 enthalten.

### Kreditoren

Es handelt sich um Rechnungen bzw. Aufwendungen, die im Jahre 2012 eingegangen sind und das Berichtsjahr betreffen.

### Quellensteuer

Die Quellensteuer wurde bei Auszahlungen ins Ausland abgezogen und ist der Steuerverwaltung geschuldet.

### Liegenschaft

Im Zusammenhang mit dem Erwerb des Bürogebäudes «Pflugstrasse» wurden vom früheren Eigentümer verschiedene Mietverträge samt Mieterkautionen übernommen. Im heutigen Zeitpunkt besteht nur noch eine Mieterkaution. Diese wurde gestützt auf Art. 12 Abs. 3 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] mit einem Zins von 0.25 % (einfache Sparkonti) verzinst.

### Versicherte

Es handelt sich im Berichtsjahr um offene Rückzahlungen von zuviel bezahlten Beiträgen sowie Einkaufsgeldern, welche aufgrund von Überversicherung zurückgewiesen werden müssen. In der Position ist ebenfalls eine Pensionszahlung enthalten, welche der Pensionsversicherung zurück überwiesen worden ist und die noch zur Auszahlung pendent ist.

### Verbindlichkeiten Dienstgeber

Der Saldo beinhaltet Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Betrieben. Dabei handelt es sich um Kontokorrent-Konten, über welche die Belastungen und Gutschriften der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgen.

## 7.1.6 Passive Rechnungsabgrenzung

(in CHF)	2011	2010
Diverses	157'368.00	207'981.00
Wertschriften	147'126.23	228'015.50
Direkte Immobilien	90'750	0.00
<b>Total</b>	<b>395'244.23</b>	<b>435'996.50</b>

## Diverses

Es handelt sich unter anderem um den Beitrag an den Sicherheitsfonds BVG der Schweiz.

## Wertschriften

Es handelt sich um an die Vermögensverwalter zu erstattenden vertraglich vereinbarten Pauschalgebühren.

## Direkte Immobilien

Bei zwei Immobilien gingen die Mietzinszahlungen für den Januar 2012 bereits Ende Dezember 2011 ein.

## 7.2 Erläuterungen zur Betriebsrechnung

Per 1. Januar 2011 haben keine Betriebe einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat vollzogen, folglich beziehen sich die Erläuterungen von Kapitel 7.2.1 bis 7.2.4 nur auf das Leistungsprimat.

### 7.2.1 Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen

#### Beiträge Dienstnehmer / Dienstgeber

Die ordentlichen Beiträge der Dienstnehmer und Dienstgeber von total 18.9% betragen je 1.5% für die Risikoversicherung und 7.0% Dienstnehmer- sowie 8.9% Dienstgeberbeiträge für die Altersversicherung der versicherten Besoldung. Die Differenz zwischen Dienstnehmer- und Dienstgeberbeiträgen kommt vor allem aus den unterschiedlichen Beitragsprozenten sowie aus den vom Dienstnehmer bezahlten Dienstgeberbeiträgen bei unbezahlten Dienstunterbrüchen und aus freiwilligen Beschäftigungsgraderhöhungen, die eine Erhöhung der versicherten Besoldung bewirken.

#### Einmaleinlagen und Einkaufssummen

Zur Leistungsverbesserung können von den Versicherten freiwillig Versicherungsjahre eingekauft werden. Im Berichtsjahr stiegen die Einmaleinlagen und Einkaufssummen stark an. Dies ist auf den angekündigten Grundlagenwechsel per 1. Januar 2012 zurückzuführen, wodurch der Einkaufstarif vor allem für unter 45-Jährige zukünftig teurer wird.

### 7.2.2 Eintrittsleistungen

Die «Freizügigkeitseinlagen» entsprechen dem beim Eintritt von Versicherten eingebrachten Pensionsgeld anderer Personalvorsorgestiftungen. In dieser Position sind auch Einzahlungen infolge Scheidungen verbucht.

### 7.2.3 Reglementarische Leistungen

#### Pensionen

Die Summe aller Pensionen nahm im Berichtsjahr um 8.2% zu und somit gleich stark zu wie der Bestand an Pensionisten. Im Vergleich zum Vorjahr ist bei den Alterspensionen eine Zunahme von 9.4% (Vorjahr 7.3%) festzustellen. Die Hinterlassenenpensionen erhöhen sich im Jahr 2011 um 8.2% (Vorjahr 5.3%). Die Invalidenpensionen erhöhen sich um 3.3% (Vorjahr 3.9%).

### Kapitalleistungen

Die im Berichtsjahr ausbezahlten «Kapitalleistungen bei Pensionierung» stützen sich auf Art. 30b des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG]. Diese Kapitalleistungen dürfen höchstens dem zweifachen Betrag der versicherten jährlichen Alterspension entsprechen und müssen bis spätestens drei Jahre vor dem Altersrücktritt beantragt werden. Weiters in der Position sind auch Kapitalleistungen gemäss Art. 17.1 lit. b des Vorsorgereglements enthalten. Dies sind Kapitalleistungen bei denen die auszahlenden Pensionen 10% der entsprechenden Mindestrente der AHV nicht erreichen.

Die im Berichtsjahr ausbezahlten «Kapitalleistungen bei Tod» stützen sich auf Art. 38 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG]. Kapitalleistungen werden ausgerichtet, wenn ein aktiver oder invalider Versicherter vor dem Rücktrittsalter stirbt und keine pensionsberechtigten Hinterlassenen vorhanden sind. Stirbt der Bezüger einer Alterspension innert zehn Jahren nach dem Beginn des Alterspensionsbezuges und wird keine Ehegattenpension fällig, so richtet die Pensionsversicherung ebenfalls eine Kapitalleistung aus.

#### 7.2.4 Austrittsleistungen

##### Freizügigkeitsleistungen bei Austritt

Die Austrittsabfindungen werden ausgerichtet, wenn das Dienstverhältnis eines Versicherten endet, ohne dass Ansprüche auf Versicherungsleistungen begründet werden. Die Höhe der Freizügigkeitsleistung ist in Art. 41 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonals [PVG] geregelt.

##### Vorbezüge Scheidung

Gestützt auf Art. 43a des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] ist die für die Ehedauer zu ermittelnde Austrittsleistung nach den Bestimmungen des Ehegesetzes zu teilen.

#### 7.2.5 Ergebnis Immobilien

(in CHF)	2011	2010
<b>Direktanlagen</b>		
Liegenschaft «Burg», Vaduz	127'343.41	32'143.22
Mehrzweckgebäude, Triesen	631'676.00	173'718.05
Bürogebäude «Pflugstrasse», Vaduz	470'544.81	157'262.40
Überbauung «Real», Vaduz	390'575.15	519.10
<b>Total Direktanlagen</b>	<b>1'620'139.37</b>	<b>363'642.77</b>
<b>Indirekte Anlagen</b>		
Immobilienfonds Ausland	0.00	-342'211.72
<b>Total</b>	<b>1'620'139.37</b>	<b>21'431.05</b>

Das Liegenschaftsergebnis hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr bei den Direktanlagen stark verbessert, da im Berichtsjahr keine Abschreibungen aufgrund der Grob-Überprüfung gemacht werden mussten.

48 | Bei den indirekten Anlagen handelt es sich im Vorjahr um ein Investment im Bazac Real Estate Europe-Indexfonds von State Street, welcher in die im EPRA / NAREIT Europe Liquid 40 enthaltenen Immobilien-Beteiligungsgesellschaften investiert. Der Fonds wurde per 27. Mai 2010 verkauft.

## Liegenschaftsrechnung «Burg», Vaduz

(in CHF)	2011	2010
Pachtertrag Brasserie «Burg»	144'000.00	144'000.00
Pachtertrag Bürotrakt	43'440.00	43'440.00
Übriger Ertrag	13'410.70	29'927.90
Unterhalt und Reparaturen	-43'984.72	-102'798.30
Übriger Liegenschaftsaufwand	-29'522.57	-32'426.38
Wertkorrektur	0.00	-50'000.00
<b>Liegenschaftserfolg</b>	<b>127'343.41</b>	<b>32'143.22</b>

Das Ergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr stark verbessert, da keine Wertkorrektur gemacht werden musste. Die Ertragssituation der Überbauung Städtle «Burg» hat sich gegenüber dem Vorjahr durch Mindereinnahmen der Position «Übriger Ertrag» infolge des umsatzabhängigen Mietzinses im Restaurationsbetrieb verändert. Im Berichtsjahr fielen viel weniger Unterhalts- und Reparaturkosten an als im Vorjahr und es resultiert ein positiver Liegenschaftserfolg.

## Liegenschaftsrechnung Mehrzweckgebäude, Triesen

(in CHF)	2011	2010
Mietertrag	640'680.00	640'680.00
Übriger Ertrag	388.00	388.00
Unterhalt und Reparaturen	-9'392.00	-17'349.95
Wertkorrektur	0.00	-450'000.00
<b>Liegenschaftserfolg</b>	<b>631'676.00</b>	<b>173'718.05</b>

Das Ergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr stark verbessert, da keine Wertkorrektur gemacht werden musste. Das Mehrzweckgebäude ist an das Land Liechtenstein vermietet. Im Berichtsjahr fielen weniger Unterhalts- und Reparaturarbeiten an als im Vorjahr. Unter Unterhalt fielen im Berichtsjahr Kosten für die Gebäudeversicherung an. Bisher waren die Gebäude in der Police der Landesverwaltung versichert.

## Liegenschaftsrechnung «Pflugstrasse», Vaduz

(in CHF)	2011	2010
Mietertrag	541'460.00	532'890.00
Übriger Ertrag	0.00	0.00
Unterhalt und Reparaturen	-52'108.30	-43'804.05
Übriger Liegenschaftsaufwand	-18'806.89	-31'823.55
Wertkorrektur	0.00	-300'000.00
<b>Liegenschaftserfolg</b>	<b>470'544.81</b>	<b>157'262.40</b>



Das Ergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr stark verbessert, da keine Wertkorrektur gemacht werden musste. Die Kosten für Unterhalt und Reparaturen haben sich erhöht, da mehrere Arbeiten im Innenbereich angefallen sind.

### Liegenschaftsrechnung «Real», Vaduz

(in CHF)	2011	2010
Mietertrag	448'320.00	448'320.00
Unterhalt und Reparaturen	-57'744.85	-47'800.90
Wertkorrektur	0.00	-400'000.00
<b>Liegenschaftserfolg</b>	<b>390'575.15</b>	<b>519.10</b>

Das Ergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr stark verbessert, da keine Wertkorrektur gemacht werden musste. Bei den Kosten für Unterhalt und Reparaturen ist der Ersatz der Dachfenster das kostenintensive Element.

#### 7.2.6 Sonstiger Ertrag

Der sonstige Ertrag resultiert aus der Ausbuchung kleinerer Rundungs- und Beitragsdifferenzen sowie einer IV-Pension Korrektur.

#### 7.2.7 Sonstiger Aufwand

Der sonstige Aufwand setzt sich aus Pensionsnachzahlungen, welche das Vorjahr betreffen und kleineren Rundungs- und Beitragsdifferenzen zusammen.

Die Bilanzierungsänderung bei der Position «Darlehen für Einkauf bis Finanzierungsschlussalter 58 bis 64» (vgl. Kapitel 7.1.2) hatte eine einmalige Korrekturbuchung von CHF 189'128.25 zur Folge, welche in dieser Position enthalten ist. Die Bilanzierungsumstellung hat zum Ziel, dass zukünftig keine Forderungskorrekturen infolge Ablösung der Amortisation mehr erfolgen müssen.

#### 7.2.8 Verwaltungsaufwand

(in CHF)	2011	2010
Personalaufwand	611'173.61	513'762.68
Bankspesen, Gebühren operativ	228.45	384.82
Beratungsaufwand, PV-Experte	325'960.80	317'877.70
Revision, Stiftungsrat, Anwalt	249'091.30	267'665.55
Ausbildungskosten	14'505.00	1'385.60
Drucksachen etc.	39'288.10	30'686.40
Infrastruktur	126'789.15	136'415.84
Versicherung	26'047.60	24'979.50
Übriger Aufwand	7'005.50	8'057.70
<b>Total</b>	<b>1'400'089.51</b>	<b>1'301'215.79</b>

Der Anstieg im «Personalaufwand» ist auf Anpassungen infolge der neu geschaffenen Stelle „Stabsstelle Recht und Präsidium“ sowie auf Beratungskosten in Zusammenhang mit Stellenausschreibungen zurückzuführen. Die Position «Beratungsaufwand, PV-Experten» hat sich nicht stark verändert. Die Kosten des PV-Experten für die ordentlichen Aufgaben konnten halbiert werden und der Aufwand für Projekte aufgrund der Gesetzesrevision sowie Reglementsanpassungen hat sich massiv erhöht. Der Beratungsaufwand allgemein konnte leicht reduziert werden. Neu hinzu kamen Kosten für Projekte aufgrund der Gesetzesrevision und Überprüfungen durch einen zweiten PV-Experten. Die Kosten für die Aufsichtsbehörde sind aufgrund der neuen Gebührenverordnung um mehr als die Hälfte gesunken.

Die Position «Revision, Stiftungsrat, Anwalt» ist kostengünstiger ausgefallen. Seit 2011 hat die Pensionsversicherung eine neue Revisionsstelle, aufgrund dessen die Kosten reduziert wurden. Im Berichtsjahr wurden CHF 115'123.71 inklusive Sozialleistungen an Entschädigungen an den Stiftungsrat ausbezahlt. Hinzukamen Entschädigungen für Projekte wie Gesetzesrevision und Kommission für Personalfragen in Höhe von CHF 45'084.18. Die Anwaltskosten konnten infolge der neu geschaffenen Stelle stark reduziert werden.

Die «Ausbildungskosten» wurden durch Mehrbesuche an Kursen und Vorträgen durch die Mitarbeiter und den Stiftungsrat erhöht.

Bei den «Drucksachen» sind neben den internen und externen Druckkosten auch die Leistungen des Grafikbüros enthalten. Die Kosten «Drucksachen» sind durch die Stellenanzeigen gestiegen.

Bei der «Infrastruktur» sind die Wartungsgebühren sowie Programmanpassungen der Pensionsversicherungssoftware, das Mobiliar sowie die Miete enthalten. Der Aufwand «Infrastruktur» ist nur minimal gestiegen.

Seit 1. Januar 2010 muss die Pensionsversicherung die Haft- und Sachversicherungen selbst tragen, da sie nicht mehr in der Police der Landesverwaltung geführt ist. Aus diesem Grund hat die Pensionsversicherung eine kombinierte Organ- und Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen. Im «übrigen Aufwand» sind die Kanzleiausgaben berücksichtigt.

Die Gesamtkosten für die Verwaltung sind um 7.6 % gestiegen.

## Verwaltungsaufwand pro Versicherte

	31.12.2011	31.12.2010
Verwaltungsaufwand	1'400'089.51	1'301'215.79
Versicherte (1)	4'960	4'817
<b>Kosten pro Versicherte</b>	<b>282</b>	<b>270</b>
Versicherte (2)	5'665	5'413
<b>Kosten pro Versicherte</b>	<b>247</b>	<b>240</b>

### Versicherte (1)

Durchschnittlicher Bestand «Aktiv-Versicherte, Mitglieder Magistratenfonds, Mitglieder Freizügigkeitssperrenkonten und Pensionsbezüger». Unterjährige Austritte sind nicht berücksichtigt.

### Versicherte (2)

Bestand «Aktiv-Versicherte, Mitglieder Magistratenfonds, Mitglieder Freizügigkeitssperrenkonten und Pensionsbezüger» per 31. Dezember zuzüglich Austritte im Berichtsjahr, ohne Austritte Pensionisten.

## 8 Auflagen der Aufsichtsbehörde

Die Pensionsversicherung untersteht seit dem 1. Januar 2009 der Oberaufsicht durch die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA).

Der Stiftungsrat und die Geschäftsleitung erfüllen zeitnah die in Art.14f PVG geregelten Inhalte bezüglich der Informations- und Genehmigungspflicht der FMA und stehen in engem Kontakt mit den Vertretern der Aufsichtsbehörde u. a. im Rahmen des Massnahmenpakets zur Erreichung der Volldeckung. Direkte Auflagen mittels Verfügungen sind im Berichtsjahr seitens der FMA nicht erfolgt.

## 9 Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

### 9.1 Nachschusspflichten (Commitment)

In Zusammenhang mit der Private Equity Anlage besteht im Rahmen der Aufstockung eines bewilligten Investments von total EUR 7 Mio. eine Verpflichtung zur sukzessiven weiteren Investition im Umfang von total EUR 1'501'500.

### 9.2 Sicherung der Loyalität und Vermeidung von Interessenkonflikten

Im Sinne der Pension Fund Governance hat der Stiftungsrat im Mai 2011 beschlossen, eine Loyalitätserklärung für die Pensionsversicherung einzuführen. In Zusammenarbeit mit der Revisionsstelle wurde die Loyalitätserklärung für das Geschäftsjahr 2011 erstmals geschaffen und von den Mitgliedern des Stiftungsrates, der Vermögensanlagekommission, der Geschäftsleitung, den Pensionsversicherungs- und Anlageexperten der Pensionsversicherung unterzeichnet. Die Loyalitätserklärung basiert auf den Regelungen des Anlagereglements (Kapitel 8.12 Pkt. 1-4) und dient der Sicherung der Loyalität und Vermeidung von Interessenkonflikten. Die verantwortlichen Organe und Experten bestätigen, dass sie weder unerlaubte Eigengeschäfte getätigt noch unzulässige persönliche Vorteile entgegen genommen haben; Interessenverbindungen, welche ihre Unabhängigkeit beeinträchtigen oder zu einem Interessenkonflikt führen könnten, legen sie gegenüber der Revisionsstelle offen.

## 10 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Thomas Klaus ist aus familiären Gründen per Ende Februar 2012 aus dem Stiftungsrat, aus der Vermögensanlagekommission und der Kommission für Personalfragen ausgetreten. Jürg Brechbühl wurde am 18. April 2012 vom Schweizerischen Bundesrat zum Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen gewählt und hat sein Amt als Stiftungsrat abgelegt. Die Nachbesetzungen sind vakant.

Die Liegenschaft Burg (Kapitel 7.1.3) wurde mit Wirkung 1. März 2012 an den Pächter Walter Hagen verkauft.

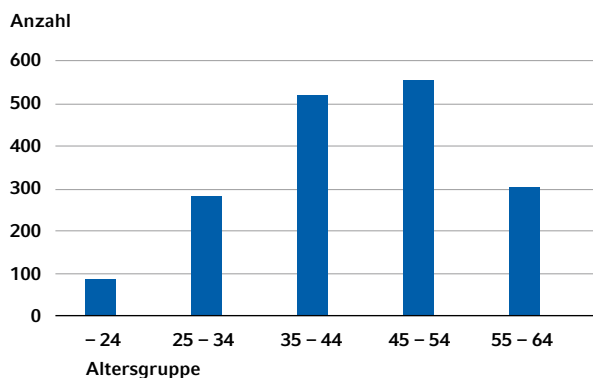
# Angaben zum versicherungstechnischen Teil

52 |

## Altersstruktur Aktiv-Versicherte per 31. Dezember

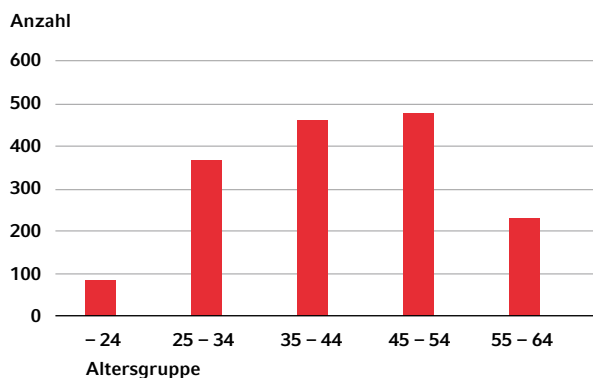
### Männer

Altersgruppe	2011		2010		2009	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	76	4.4	85	4.9	97	5.5
25 - 34	288	16.5	282	16.2	306	17.5
35 - 44	488	28.0	516	29.6	523	29.9
45 - 54	595	34.0	551	31.7	528	30.2
55 - 64	298	17.1	306	17.6	296	16.9
<b>Total</b>	<b>1'745</b>	<b>100</b>	<b>1'740</b>	<b>100</b>	<b>1'750</b>	<b>100</b>



### Frauen

Altersgruppe	2011		2010		2009	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	94	5.7	85	5.3	84	5.3
25 - 34	369	22.5	373	23.0	387	24.4
35 - 44	445	27.2	455	28.1	456	28.7
45 - 54	499	30.5	484	29.9	449	28.3
55 - 64	231	14.1	221	13.7	212	13.3
<b>Total</b>	<b>1'638</b>	<b>100</b>	<b>1'618</b>	<b>100</b>	<b>1'588</b>	<b>100</b>



### Durchschnittsalter Pensionsbezüger (ohne Kinder) per 31. Dezember

Pensionsart	2011	2010	2009
<b>Alter</b>			
Männer	70.4	70.4	70.2
Frauen	69.2	69.2	69.0
Kinder	19.3	21.0	19.5
<b>Hinterlassene</b>			
Männer	63.6	62.6	63.6
Frauen	74.0	73.8	73.3
Kinder	19.6	18.5	17.8
<b>Invaliden</b>			
Männer	56.0	55.4	55.7
Frauen	52.1	51.7	52.0
Kinder	17.6	16.7	16.0
<b>Total (ohne Kinder)</b>	<b>68.8</b>	<b>68.7</b>	<b>68.4</b>

### Altersstruktur Pensionsbezüger (ohne Kinder) per 31. Dezember

Altersgruppe	Alter		Hinterlassene		Invaliden	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
20 – 34	0	0	0	1	4	6
35 – 44	0	0	4	3	6	4
45 – 54	0	0	5	5	29	31
55 – 64	125	111	21	26	43	39
65 – 74	343	310	38	30	0	0
75 – 84	102	95	45	42	0	0
85 – 94	9	11	20	16	0	0
über 95	2	1	1	2	0	0
<b>Total</b>	<b>581</b>	<b>528</b>	<b>134</b>	<b>125</b>	<b>82</b>	<b>80</b>





**Pensionsversicherung  
für das Staatspersonal**

Marktgass 11  
Postfach 684  
9490 Vaduz  
Liechtenstein  
T +423 236 76 16  
F +423 236 75 84  
info@pvs.llv.li

[www.pvs.llv.li](http://www.pvs.llv.li)